

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Müllinghaus, Berlin.
Telefon: Amt Dänhof 4194/4195



Redaktion für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckverlag: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung ist ebenfalls 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart, zu erfolgen. Für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 15. Mai 1933

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Macht mobil!

Gegen den Abbau des Arbeitslosenschutzes.

SPD. Was das Gutachten des Vorstandes der Reichsanstalt als Lösung des Arbeitslosenproblems vorschlägt, darf unter keinen Umständen Gesetz werden. Die Vorentscheidung, die nach den Plänen des Kabinetts Brüning das Gutachten darstellen soll, muss bei der wirklichen Entscheidung im Reichstag weggewehrt werden. Das ganze werktätige Volk, die gesamte Arbeiterschaft, einschliesslich der christlichen Arbeiter, muss sich gegen die Ungeheuerlichkeiten des Gutachtens auflehnen.

Was die Sozialreaktion im Augenblick wollte, war nichts anderes als die Zerschlagung oder Verkrüppelung der Arbeitslosenversicherung selbst. Die Vorstösse in der bürgerlichen Presse zum Zweck der Herausnahme der Saisonarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung und die Aktion des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes zur Schaffung von Ersatzkassen für die Angestellten zeigen, dass das Fundament der Arbeitslosenversicherung bedroht war. Der zähe Widerstand der freien Gewerkschaften hat dafür gesorgt, dass auch in der Zeit, wo die Sozialdemokratie nicht in der Reichsregierung ist, die Bäume der Sozialreaktion nicht in den Himmel wachsen. Trotzdem ist und bleibt das Gutachten des Vorstandes der Reichsanstalt ein brutaler Anschlag gegen die Arbeitslosen. Man will ihnen den schon fast leeren Brotkorb noch höher hängen. Man will einen Raub am Brot der Ärmsten des deutschen Volkes. In der Zeit von der "Vorentscheidung" bis zur Hauptentscheidung muss von der frei organisierten Arbeiterschaft das ganze Volk zum Widerstand gegen den Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung in Stadt und Land mobilisiert werden. Das kann nicht schwer fallen; denn wenn erst einmal bei den breiten Massen erkannt wird, was an Leistungsabbau geplant ist, dann wird ein Volkssturm losbrechen.

Was will das Gutachten des Vorstandes der Reichsanstalt? Lassen wir die Tatsachen sprechen. Im Vordergrund der Ersparnisvorschläge stand der Kampf um die Unterstützung der Arbeitslosen mit kürzerer als 52 wöchiger Anwartschaft. Der alte Zentrumsantrag "Teusch-Riesener", der im vorigen Jahr bereits im Reichstag eine Rolle spielte, lebt wieder auf. Danach soll die volle Unterstützung nur der Arbeitslose erhalten, der mindestens eine durch Unterstützungsbezug nicht unterbrochene Anwartschaft von 52 Arbeitswochen hat, während eine kürzere Anwartschaft nur zu einer geringeren Unterstützung berechtigen würde. Was bedeutet dieser Antrag? Er ist heute eine noch grössere Ungeheuerlichkeit als im vergangenen Jahr; denn heute sieht man immer deutlicher, dass das einzelne Arbeitsverhältnis mehr und mehr ein kurzfristiges wird. Selbst in der Landwirtschaft zeigen sich immer häufigere Arbeitsunterbrechungen. Die Folge wäre nach dem Gutachten also, dass alle Versicherten, die nicht das Glück haben, langdauernd beschäftigt zu sein, künftig unter die einschränkenden Bestimmungen fallen und bei der Unterstützung sozusagen auf halbe Ration gesetzt werden. Immer noch will man im Zentrum nicht einsehen, dass die Zah-

lung der Sätze der Krisenunterstützung bei kurzfristiger Anwartschaft gerade die Unglücklichen trifft, die immer wieder Perioden der Arbeitslosigkeit durchmachen müssen. Wer weniger die Unterstützung in Anspruch nimmt, soll bevorzugt werden, d.h. wer hat, dem soll gegeben werden. Man will angeblich die Arbeitsmoral heben, - in Wirklichkeit trifft man grausam und erbarmungslos Hunderttausende, die nichts dafür können, dass sie nur kurzfristig Beschäftigung finden. Leider haben sich die christlichen Gewerkschaften durch das Gerede, dass die Grundsätze einer Versicherung beachtet werden müssten, für die unsoziale Unterstützungskürzung breitschlagen und in die Front der Sozialreaktionäre drängen lassen. Sie wollen damit die Sonderregelung der Saisonarbeiter überflüssig machen. Der Saisonarbeiter, der keine 52 hintereinanderliegende Beschäftigungswochen aufweisen kann, fällt naturgemäss unter die Unterstützungskürzung. Bisher hatte der Saisonarbeiter, abgesehen von den 3 bis 4 Monaten der berufüblichen Arbeitslosigkeit, Anspruch auf die volle Unterstützung. Jetzt soll er überhaupt nur die Krisensätze erhalten und, damit "Gerechtigkeit" herrsche, erstreckt man diese Verschlechterung gleich auf alle anderen Arbeitnehmer. Eine saubere Lösung des Saisonarbeiterproblems! Und auch damit noch nicht genug: für die Verschlechterung der Unterstützung während des ganzen Jahres sollen die Angehörigen der Saisonberufe nun auch noch vielfach höhere Beiträge bezahlen! Ein geradezu tolles Ansinnen!

Den Arbeitslosen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, will man den Unterstützungsanspruch nehmen. Sie sollen ihren seit der letzten Unterstützung geleisteten Beitrag zurückerhalten, jedoch nur bis zu höchstens 100 Mark. Alle Welt weiss, dass die 65 Jährigen infolge der geringen Altersversorgung nicht gerne auf Beschäftigung verzichten. Trotzdem will ihnen das Gutachten den Unterstützungsanspruch in der Versicherung rauben. Wenn zwei Ehegatten zugleich Unterstützung beziehen, soll die niedrigere Unterstützung um die Hälfte gekürzt werden, ausgenommen Ehegatten mit Kindern unter 14 Jahren oder mit arbeitslosen Kindern unter 17 Jahren. Auch hier haben die Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften für die Verschlechterung gestimmt. Arbeitslose bis zum 17. Lebensjahr sollen nur dann Unterstützung erhalten wenn sie keinen familienrechtlichen Unterstützungsanspruch haben. Die Arbeitgeber hatten als Grenze das 20. Lebensjahr gefordert. Sie haben keine Ahnung davon, dass der Verdienst der Jugendlichen unter 17 Jahren heute in der Mehrzahl der Fälle für die Familie eine glatte Notwendigkeit ist. Dieser Vorschlag schafft nur Verbitterung. Geld bringt er nicht ein, da der Zufluss an Jugendlichen in den nächsten Jahren nachlässt. Auch die Heimarbeiterinnen, Wartefrauen, Zeitungsausträgerinnen usw. hat man nicht geschont. Geringfügige Beschäftigungen, d.h. solche, die weniger als 24 Stunden in der Woche dauern oder für die nicht mehr als 8 Mark wöchentlicher Verdienst erzielt wird, sollen künftig grundsätzlich versicherungsfrei sein.

Eine böse Litanei von Verschlechterungen, gegen die sich die freien Gewerkschaften bei den Verhandlungen mit aller Macht gestemmt haben. Man will rund 100 Millionen durch Leistungsabbau einsparen, weil man vor dem von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften empfohlenen Weg eines allgemeinen Notopfers der Höherbezahlten zurückschreckt. Zur Empfehlung eines allgemeinen Notopfers hat sich der Vorstand der Reichsanstalt nicht aufgerafft. Es hiess, es sei nicht seine Sache, dem Reich Deckungsvorschläge zu machen. Als ob seine Ersparnisvorschläge nicht auch Deckungsvorschläge darstellten!

Engherzigkeit, wo gemäss der Pflicht der Allgemeinheit für die Aufrechterhaltung des Arbeitslosenschutzes gehandelt werden muss, und Grausamkeit gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise und Wirtschaftsentwicklung blicken aus dem Gesicht des dem Kabinett Brüning auf Bestellung gelieferten Gutachtens. Gegen diese Politik der Engherzigkeit und Grausamkeit kann es nur rücksichtslosen Kampf geben. Volk, wehre Dich!

SPD. München, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag war München der Schauplatz einer bedeutsamen kommunalpolitischen Kundgebung. Der Deutsche Landkreistag, die Spitzenorganisation der deutschen Kreiskommunalvertretungen hatte sich mit weit über 1000 Delegierten unter dem dem Vorsitz des Landrats Dr. von Achenbach zu seiner diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung eingefunden, um vor aller Öffentlichkeit Zeugnis abzulegen von der Selbstverwaltungskraft und dem Selbstverwaltungswille der deutschen Kommunalverbände.

Die Bedeutung der Tagung fand ihren besten Ausdruck in der Begrüßungsrede des preussischen Innenministers Waentig, der als das Charakteristische der Zusammenkunft betonte, dass sie die erste grosse gemeinschaftliche Tagung des Deutschen und des Preussischen Landkreistages darstellt: "Sie bedeutet mehr - so führte Waentig aus - weit mehr, als ein bloss äusserlich zu wertender Merktag aus der Fülle der Erscheinungen, die uns Spitzenorganisationen der einen oder anderen Art bieten. Die Tatsache, dass es zu einem organisatorischen Zusammenschluss der deutschen Landkreise gekommen ist, ist in mehr als einer Richtung von einer hochehrfreulichen grundsätzlichen Bedeutung; von grosser Bedeutung ist vor allem die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. Die Entwicklung der kommunalen Kreisverbände ist charakteristisch für die Selbstverwaltung überhaupt. Sie ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Eine Entwicklung, die so notwendig, so folgerichtig gewesen ist, wie die der Landkreise, lässt sich nicht aufhalten und es gereicht mir zu einer wirklichen Genugtuung und Befriedigung, wenn ich heute erklären kann, dass die preussische Staatsregierung im entscheidenden Augenblick ihre Kraft und Bedeutung richtig erkannt und sie tatkräftig gefördert hat. Das im vorigen Sommer verabschiedete Einführungsgesetz zu dem grossen Neugliederungsgesetz im Westen hat mir Wirkung für das ganze Staatsgebiet den preussischen Landkreisen die gesetzliche Sicherung gegeben, die ihre Entwicklung braucht, die Sicherung ihres äusseren Bestandes gegen subjektive, den allgemeinen Interessen nicht entsprechende Loslösungsbestrebungen einzelner Teile und die Sicherung ihrer Kompetenz für die im Interesse der Kreisbevölkerung durch den Kreis zu lösenden Aufgaben gegen unberechtigten Widerspruch einzelner Glieder."

Ein freudiges Bekanntnis zum Staat legte der geschäftsführende Präsident Dr. von Stempel ab. Unter allgemeiner Zustimmung betonte er, dass die Landkreise den Staat bejahen, weil sie ein Teil dieses Staates sind. Das Kernstück der Kundgebung bildeten 2 Vorträge zu dem Thema: "Grenzen der Selbstverwaltung", in das sich der bayerische Universitätsprofessor und ehemalige kommunalpolitische Referent im bayerischen Innenministerium Dr. Laforet und der preussische Landrat Dr. Schöne-Stettin teilten.

Dr. Laforet behandelte die Frage im wissenschaftlichen Sinne unter deutlicher Betonung des föderalistisch bayerischen Standpunktes. Nach seiner Meinung kann man zwar von einer Krisis der Selbstverwaltung im politischen Sinne, dagegen keineswegs von einer solchen im rechtlichen Sinne sprechen. Schroff lehnte er jeden Versuch einer reichsgesetzlichen Regelung der Kommunalrechte ab. Die Gemeinden und Gemeindeverbände seien Einrichtungen der Länder und müssten dies bleiben. Preussen werde wohl dem Beispiel der andern grossen deutschen Länder folgen müssen, sich ein neues Gemeinderecht zu schaffen. Die Kräfteverteilung zwischen Staat und Selbstverwaltung sei nach der rechtlichen Seite in den süddeutschen Ländern so gut gebaut, dass sie jeder sachgemässen Beurteilung standhalten könne.

Landrat Dr. Schöne zog die Grenzen der Selbstverwaltung nach 2 Seiten, zur Wirtschaft und zur Staatsverwaltung hin. Zur Wirtschaft werden sie vom Standpunkt der Landkreise in dem Sinne gezogen, dass die Verwaltungstätigkeit sich in dem zu erschöpfen hat, was zu unternehmen im Interesse der öffentlichen Ordnung und Fürsorge unbedingt nötig ist und was der Privatwirtschaft deshalb nicht überlassen werden kann, weil keine Gewähr besteht, dass es wirklich getan oder nicht freiwillig und unfreiwillig wieder eingestellt wird. Dem

Staate gegenüber sind die Grenzen in dem Begriff der eigenen und der übertragenen Wirkungskreise gekennzeichnet, der zwar noch keine restlose Klärung bedeutet, aber unbedingt muss der Standpunkt vertreten werden, dass Selbstverwaltung abgeleitete Staatsverwaltung ist.

Der Redner erläuterte zum Schluss noch kurze jene Grenzen, die der Selbstverwaltungstätigkeit durch die Staatsaufsicht gezogen ist. Er unterstrich den Satz, dass Selbstverwaltung nicht Selbstzweck sei und anerkannte das Recht des Staates, äusserstenfalls mit Mitteln einzugreifen, die bis zur Verneinung der Selbstverwaltung selbst gehen. Gleichwohl müsse die gesetzliche Gewähr geschaffen sein, dass die Handhabung der Staatsaufsicht nicht zur Verkümmern der grundsätzlich freiheitlich gedachten Selbstverwaltung führt, die ihre besten Kräfte nur entfalten könne, wenn ihre Verantwortungsfreudigkeit nicht durch Bevormundung beeinträchtigt werde.

Der öffentliche Teil der Veranstaltung war mit den Vorträgen abgeschlossen.

SPD. Die neueste Nummer der sozialdemokratischen Diskussionszeitschrift "Das freie Wort" enthält folgenden Brief, den der berühmte Elard von Oldenburg Januschau an den deutschnationalen preussischen Landtagsabgeordneten von Plehwe gerichtet hat :

Sehr verehrter Herr von Plehwe!

Sie haben die grosse Liebenswürdigkeit gehabt, mir zu meinem 75. Geburtstag Glück zu wünschen und ich danke Ihnen aufrichtig dafür. Die Zeiten sind verrückt, in denen wir leben, und es ist schwer, die richtige Linie zu halten auch in der Politik. Ich habe einen Mahnruf an die Deutschnationalen in der "Kreuz-Zeitung" losgelassen in der Hoffnung, dass sie zusammenbleiben und so trotz aller Meinungsverschiedenheiten eine Macht bilden, die wir haben müssen. Wäre durch Schuld der Deutschnationalen die Regierung gestürzt worden, so hätte das ganze Land nationalsozialistisch gewählt. Hugenberg ist trotz aller Klugheit zu theoretisch veranlagt. Es ist ja schön, wenn man abwarten kann, bis dieser jammervolle Reichstag sich noch mehr blamiert und in vollkommener Hilflosigkeit schliesslich den Deutschnationalen in die Arme getrieben wird. Dazu muss man aber einen Zeitpunkt wählen, in dem man die Zänge zum Zahnziehen ansetzen kann, ohne selbst vom Stuhl zu fallen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass das Zentrum im Reich so angeärgert wird, dass es seine perverse, kirchenfriedliche Politik mit der Sozialdemokratie auch in Preussen aufgibt. Die Politik mit doppeltem Boden muss zusammenbrechen.

Auf Wiedersehen. Ihr ergebenster
gez. Oldenburg.

Es war zwar auch vor der Veröffentlichung dieses Schreibens durchaus nicht unbekannt, dass das Hauptziel aller Deutschnationalen, der Hugenberg- wie der Schiele-Gruppe der Sturz der preussischen Koalition ist. Aber es ist trotzdem nicht ohne Reiz, es noch einmal ausdrücklich bestätigt zu bekommen, dass die Haupttriebfeder der deutschnationalen Politik das ist, was auf dem jüngsten preussischen Zentrums-Parteitag der Zentrumsvorsitzende Dr. Hess als das Schielen nach der Macht in Preussen bezeichnet hat.

SPD. Weimar, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Mehrheit des thüringischen Ministerrats lehnte am Donnerstag gegen die Stimmen des Putschisten Frick die Ernennung des nationalsozialistischen Assessors Ortlepp zum Polizeidirektor der Landeshauptstadt Weimar ab. Aus Protest gegen diese Ablehnung blieben die Nationalsozialisten der Donnerstagsitzung des thüringischen Landtages fern. Man konnte sie während der ernstesten Verhandlungen bei Wein und Bier im Weimarer Kaiserkaffee sitzen sehen.

SPD. Paris, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Beamten sämtlicher Pariser Telephon-Zentralen haben am Donnerstag einen mustergültig organisierten zweistündigen Proteststreik durchgeführt. Punkt elf Uhr vormittags stellte das Telephon- und Telegraphenam der Börse, das insbesondere für den Fernverkehr das wichtigste der Fernsprechknotenpunkte darstellt, die Arbeit ein - zur hellen Verzweiflung der aufgeregten Börsianer, die sich jeder Möglichkeit der Abwicklung ihrer Geschäfte beraubt sahen und vergeblich durch Bitten und Drohungen die Beamten zum Verbleiben auf ihrem Posten zu bewegen suchten. Das Beispiel der Börse wurde dann im Abstand von wenigen Minuten von den übrigen Telephonzentralen nachgeahmt. Bis um ein Uhr stockte jeder Telephonverkehr. Am Donnerstag abend folgten die Postbriefträger ebenfalls mit einem zweistündigen Proteststreik.

Gegenstand des Konfliktes zwischen der, dem allgemeinen sozialistischen Gewerkschaftsbund der CGT angeschlossenen Postbeamtengewerkschaft und der Regierung sind die bisher immer noch unberücksichtigt gebliebenen Forderungen der Postbeamten nach Aufwertung ihrer Löhne auf den Friedensstandard. Die Verhandlungen darüber werden von der Regierung seit Monaten hingeschleppt. Die Gehälter der übrigen Staatsbeamten wurden bereits zweimal aufgebessert, während sich die Postbeamten mit Versprechungen und mageren Vorschüssen begnügen mussten. Der Postminister Mallarmee, der sich zurzeit in Algier vergnügt, und der über die wachsende Erregung im Lager der Beamtenschaft unterrichtet worden war, sandte am Mittwoch an die Postgewerkschaft ein Telegramm, in dem er bat, vor seiner Rückkehr keine Kampfmassnahmen zu ergreifen.

Der Ministerrat, der am Donnerstag vormittag zum erstenmal seit Monaten wieder zusammentrat, befasste sich fast ausschliesslich mit dem Streik. Die letzte Warnung der Postbeamten hatte offenbar ihre Wirkung getan; denn Tardieu und seine Ministerkollegen zeigten sich plötzlich sehr nachgiebig und beschlossen die Gehaltsangleichung zu beschleunigen und nicht den üblichen Amtsweg gehen zu lassen. Ausserdem sollen alle Massnahmen ergriffen werden, um für den Fall der Wiederholung des Streiks die Durchführung des Post-, Telegraphen- und Telephonverkehrs sicher zu stellen.

SPD. Weimar, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Polizeioberleutnant Bateke-Gotha, der Mitglied der Demokratischen Partei ist, wurde auf Anordnung des Putschisten Frick mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben. Gleichzeitig wurde ihm die Waffe abgenommen und das Tragen der Uniform untersagt.

Der Anordnung des Putschisten Frick liegt folgender Vorfall zugrunde: Bateke unterrichtete dieser Tage vor Polizeibeamten über das Republiksschutzgesetz. Zur Erläuterung des § 5 des Gesetzes, - Beleidigung von Mitgliedern der Landesregierungen - wählte der Oberleutnant neben anderen Beispielen eine zurzeit in Thüringen übliche Redensart. Sie besagt, der Minister Frick habe in seinem Namen das R zu viel, das dem nationalsozialistischen Gauleiter und Landtagsabgeordneten Sauckel vor dem L fehle. Als die Erläuterung bereits benutzt war, bemerkte Bateke, dass sein Beispiel wenig glücklich gewählt war. Er befragte sofort mehrere Beamte darüber, die erklärten, die Darlegung durchaus als sachlich empfunden zu haben, zumal Oberleutnant Bateke darauf hingewiesen hatte, dass die von ihm benutzte Ausserung, wenn sie heute ein Polizeibeamter höre, Veranlassung zum Einschreiten gebe.

Der überempfindliche Herr Frick, der sich vor seiner Ministerschaft ganz andere Ausserungen gegen ehrenwerte Persönlichkeiten hat zu Schulden kommen lassen, benutzte den Vorfall unter Anwendung des von ihm einst in gehässiger Weise bekämpften Republiksschutzgesetzes natürlich sofort, um einen republikanischen Beamten auf die Strasse zu setzen.

SPD. Der Landesverband Preussen im Bunde Deutscher Mietervereine hat der preussischen Staatsregierung und dem preussischen Landtag im Namen der ihm angeschlossenen 905 preussischen Mieterorganisationen eine Denkschrift überreicht, in der zu der geplanten Mieterhöhung Stellung genommen wird. Die Denkschrift erinnert daran, dass ausser der staatlichen Mieterhöhung noch weitere kommunale Erhöhungen der Miete in Aussicht stünden. Die Mieten in sämtlichen preussischen Gemeinden seien aber bereits erheblich höher als 120% der Friedensmiete. Im Gegensatz zu dieser Mietzinspolitik seien Löhne, Gehälter und die Bezüge der Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentner nur mit einer gesetzlichen Altmiete von 120% berücksichtigt. Sofern ein Ausgleich des preussischen Staatshaushalts nicht in anderer Weise, ohne Mieterhöhung, möglich sei, könne er nur erreicht werden, wenn die jährlich rund 300 Millionen Mark betragenden Zwischengewinne des Althausbesitzes an der Hauszinssteuer erfasst werden. Die Veränderung des Veranlagungssystems und die Vermeidung solcher Zwischengewinne sei in verschiedenen anderen Ländern z.B. Sachsen, Baden, längst durchgeführt worden. Das Defizit im Staatshaushalt von ca. 110 Millionen Mark könne auf diese Weise ohne Mieterhöhungen gedeckt werden und die überschüssenden Beträge könnten zur Förderung des Wohnungsneubaues und zur Senkung der Neubaumieten Verwendung finden.

SPD. Prag, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

In der Donnerstagsitzung des Wehrausschusses des Abgeordnetenhauses äusserte der Heeresminister Dr. Viskovsky über den Fall Dvorak, dass die Militärverwaltung schon seit längerer Zeit Unregelmässigkeiten bei den militärärztlichen Untersuchungen beobachtet habe. Als sich der Verdacht gegen Dr. Dvorak verdichtete, sei er verhaftet worden. Major Betak sei festgenommen worden, weil er unter dem Verdacht stehe, die Unregelmässigkeiten Dvoraks geduldet zu haben. Da im Fall Betak Verdunkelungsgefahr nicht mehr bestehe, sei Betak inzwischen auf freien Fuss gesetzt worden. Die Militärverwaltung werde die Untersuchung im übrigen bald zu Ende führen, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zur Armee sicherzustellen.

SPD. Die Reichsregierung trägt sich mit dem Plan, u.a. die aus der Industriebelastung aufkommenden Summen für die Durchführung des Hilfsprogramms für den Osten zu verwenden. Einen ähnlichen Vorschlag hat bereits der Grossindustrielle Dr. Silverberg auf der ausserordentlichen Generalversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie im Dezember 1929 gemacht. Auch die Botschaft des Reichspräsidenten über die landwirtschaftliche Hilfsaktion hat eine solche Finanzierung angeregt. Dazu wird vom Reichsverband der Deutschen Industrie mitgeteilt, dass er grundsätzlich nichts gegen die geplante Verwendung der in Frage kommenden Mittel einzuwenden habe, jedoch müsse das Eigentumsrecht der an der Aufbringung beteiligten Gruppen, die zu 90 % zur Industrie gehören, gewahrt bleiben. Die Gelder der Bank für Industrieobligationen könnten im Rahmen der Hilfsaktion für den Osten nur als Darlehen verwandt werden.

Im übrigen schlägt der Reichsverband der Deutschen Industrie folgende Änderungen der Aufbringungssteuer vor: Die mittleren Industrievermögen (bis zu einer Million Mark) sollen von der Belastung befreit werden. Dadurch würden sich die Steuererträge auf etwa 200 Millionen Mark vermindern und 88% der bisher Steuerpflichtigen ausscheiden. Die Aufbringungssteuer müsse jährlich um 40 Millionen Mark ermässigt werden, so dass sie im Jahre 1935 völlig weg falle. 40 % der Mittel seien für die Industrie, insbesondere für die notleidende kleine Industrie und 60 % für die landwirtschaftlichen Betriebe zu benutzen. Im letzteren Fall sei darauf zu achten, dass die Mittel nur solchen

Betrieben zufließen, die gesund seien und noch aufrecht erhalten werden könnten. Die Bank für Industrieobligationen solle als Treuhänderin fungieren. Die industriellen Hilfsmittel seien von ihr selbst zu vergeben. Die Regelung der Umschuldung bei den landwirtschaftlichen Betrieben solle der Reichsverband der Deutschen Industrie der sogenannten Ablösungsbank übertragen, die im Rahmen des Ostprogramms und als Tochtergesellschaft der Rentenbank-Kreditanstalt zu gründen sei. Die aus den gewährten Hilfsmitteln zurückfließenden Zinsen und Amortisationen müssten wieder den gleichen Zwecken zugeführt werden.

Der Reichsverband verweist zum Schluss darauf, dass es unbedingt notwendig sei, durch unparteiische Stellen zu prüfen, ob die für die Hilfsaktion in Frage kommenden Betriebe noch kreditwürdig sind. Er lehnt also eine parteiische Verteilung der Gelder, wie sie beispielsweise der Reichsernährungsminister Schiele für das Ostprogramm fordert, aus wohlerwogenen Gründen ab.

SPD. Köln, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Donnerstag-Ausgabe der "Kölnischen Zeitung" enthält zu ihrer Koblenzer Meldung über den bevorstehenden Rücktritt des Verkehrsministers Guèrard, folgenden Kommentar aus Berlin:

"Nach unseren Informationen aus parlamentarischen Kreisen laufen zurzeit 2 Pläne nebeneinander her. Der Reichskanzler Dr. Brüning möchte auf jeden Fall ein Ausscheiden des Ministers Treviranus aus dem Kabinett aus Anlass der Auflösung des von ihm verwalteten Ministeriums vermeiden. Daher ist vor einiger Zeit schon der in der Koblenzer Meldung der Kölnischen Zeitung erwähnte Gedanke erörtert worden. In parlamentarischen Kreisen glaubt man jedoch, dass der Reichskanzler diesem Gedanken nur widerstrebend nahegetreten sei, da er sich bei einer Ausschiffung des Ministers von Guèrard womöglich Schwierigkeiten in der eigenen Fraktion zuziehen werde. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat seinerzeit von Guèrard hauptsächlich deshalb zu einem Ministerium verholfen, weil sie seinem unruhigen Tätigkeitsdrang ein Arbeitsfeld ausserhalb der Fraktion verschaffen wollte. Demnach wäre es sehr wohl möglich, dass die Fraktion einer Rückkehr des Minister von Guèrard Widerstand entgegensetzen und damit in Meinungsverschiedenheiten mit dem eigenen Reichskanzler geraten würde. Dem Reichskanzler sind diese Erwägungen seiner Fraktion natürlich bekannt und er hat daraufhin einen anderen Plan erwogen. Er wird dem Kabinett den Antrag unterbreiten, den Minister Treviranus mit dem Hauptreferat für das Ostprogramm zu beauftragen. Sollte dieser Antrag im Kabinett gebilligt werden, so könnte für die Durchführung des Ostprogramms schwerlich der Apparat des Ministeriums für die besetzten Gebiete eingesetzt werden. Vielmehr müsste dann damit gerechnet werden, dass das Ministerium einem völligen personellen und sachlichen Umbau hauptsächlich nach der Verwaltungsseite unterzogen würde. Damit aber wäre der Gedanke eines Grenzlandministeriums, der schon seit längerer Zeit in parteipolitischen Köpfen spukt, verwirklicht. Wir können uns zunächst nicht vorstellen, dass das Kabinett Brüning, das die Sparsamkeit in der Verwaltung als Programmpunkt führt, durch die Erhaltung eines längst abbaureifen Ministeriumsunter anderem Namen seine Hand bietet und damit seinen eigenen Grundsätzen untreu werden sollte. Wie weiter verlautet, setzen sich führende Persönlichkeiten des Reichsverbandes der Industrie dafür ein, dass das Ostprogramm unter der Leitung von Treviranus durchgeführt werden. Besprechungen in diesem Sinne sollen bereits aufgenommen sein."

SPD. In dem Untersuchungsausschuss des preussischen Landtages über die Misswirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung erstattete am Donnerstag der Berichterstatter Abg. Koennecke (Dntl) Bericht über die noch nicht erörterten Gutskäufe und Grundstückstransaktionen der Stadt Berlin.

An dem umfangreichen Bericht interessiert besonders der Verkauf der Grundstücke Bellevue Strasse 1 und 2 (Ecke Potsdamer Platz), die von der Stadt an das bekannte französische Warenhaus Lafayette veräußert wurden. Hierbei war ein Bankkonsortium unter Führung der Bank Lazare, Speyer und Ellison mit der Firma Schlesinger & Co., Trier, tätig. Stadtrat Busch soll auch hier als Grundstücksdezernent der Stadt nicht einwandfrei gehandelt, und Stadtrat Katz, der mit der Angelegenheit ebenfalls befasst war, soll private Beziehungen mit der Bank Schlesinger & Co., Trier, unterhalten haben. Über den ganzen Komplex werden in den nächsten Tagen zahlreiche Zeugen vernommen. Vor allem gilt es festzustellen, ob die Stadt überhaupt berechtigt war, das Grundstück Bellevuestrasse 2 zu verkaufen. Dieses Grundstück war ursprünglich Stiftungsgrundstück und von einem Ehepaar Krug testamentarisch der Stadt mit bestimmten Bindungen vermacht worden. Es sollte in seinem ursprünglichen Zustand erhalten bleiben und entweder für Dienstwohnungen höherer städtischer Beamter oder für ein Altersheim Verwendung finden. Da von diesen Bestimmungen keine inne gehalten wurde, wird zu klären sein, ob eine andere Verwendung des Grundstücks rechtlich zulässig gewesen ist. Der Magistrat hat sich seinerzeit auf den Standpunkt gestellt, dass das übrige der Stadt vermachte aber durch die Inflation auf 70 000 Mark zusammengesmolzene Barvermögen der Krug'schen Eheleute nicht ausreichen würde, dem Stiftungswillen der Erblasser zu entsprechen. Die Verwandten der Stifter sind in deren Testament nicht bedacht worden und sollen jetzt wegen Nichterfüllung der letztwilligen Bestimmungen ihrer Angehörigen ihre Rechte gegen die Stadt Berlin geltend gemacht haben.

Für das Grundstück Bellevuestrasse 2 lag damals u.a. noch ein Kaufgebot der Firma Wertheim in Höhe von 2 Millionen Mark vor. Dieses Angebot ist nicht berücksichtigt worden, obwohl der Firma Wertheim die feste Zusicherung gegeben wurde, dass sie bei einem eventuellen Verkauf unter allen Umständen berücksichtigt werde. - Nächste Sitzung Freitag.

SPD. Wien, 15.Mai (Eig.Drahtb.)

In der Donnerstagsitzung des Nationalrats äusserte sich Bundeskanzler Schober über seine letzten Auslandsreisen.

Die italienische Reise habe - so führte Schober aus - den Zweck gehabt, die Spannung zwischen Österreich und Italien zu beseitigen. In Paris und London habe er die österreichischen Verhältnisse schildern und die Voraussetzungen für die Investitionsanleihe schaffen müssen, die sofort nach der deutschen Anleihe noch vor den Sommerferien aufgelegt werden dürfte. In Paris und London habe man die engen und herzlichen Beziehungen Österreichs zum Deutschen Reich als vollkommen begründet anerkannt. In wenigen Tagen werde dem Parlament ein Gesetzentwurf über die Änderung des Waffengesetzes zugehen.

Im Namen der Sozialdemokratie erklärte Abg. Dr. Bauer, die erste Voraussetzung für die Entwaffnung sei die Entmilitarisierung des öffentlichen Geistes die nicht möglich sei, so lange an jedem Sonntag Aufmärsche und Gegenaufmärsche stattfinden. Die zweite Voraussetzung sei, dass die Entwaffnung unparteiisch, gleichmässig und unter gegenseitiger Kontrolle durchgeführt werde.

SPD. München, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Die seit 8 Tagen fast ununterbrochen niedergehenden ausserordentlich heftigen Regengüsse und die starke Schneeschmelze im Gebirge hatten in ganz Südbayern ein bedrohliches Anschwellen der Flüsse und Seen zur Folge.

Einzelne Flüsse, wie die Iller bei Kempten im Allgäu und die Isar bei München, sind um mehr als 3 Meter über ihren mittleren Pegelstand angewachsen. Der Tegernsee ist um 1,10 Meter, der Kochelsee um 1 Meter gestiegen. Die riesige Flutwelle, die sich allmählich an die Mündungsstellen der Flüsse heranwälzt, lassen auch für die einzelnen Flussabschnitte der Donau, die ohnehin schon Hochwasser führt, eine Katastrophe befürchten. In vielen Gegenden sind die Ausmasse des grossen Hochwassers vom Sommer 1924 bereits übertroffen. In zahlreichen Orten sind die Wassermengen bereits über die Ufer getreten und haben Eingang in die Häuser gefunden. Im gefährlichsten droht sich die Katastrophe am Ammersee auszuwirken. In den Orten am Nordufer sind die meisten Wohnhäuser schon von 40 - 50 cm hohen Fluten durchschwemmt und die Staatsstrassen teilweise überflutet. Zwar hat die am Donnerstag eingetretene Regengpause einen gewissen Stillstand des Hochwassers bewirkt, doch lassen die Wetterberichte bereits neue Regengüsse befürchten.

SPD. Hannover, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Gesamtvorstand des hannoverschen Landbundes veröffentlicht folgende Entschliessung :

"Der Gesamtvorstand des hannoverschen Landbundes kann es nicht billigen, dass von Landbundorganen über einzelne Abgeordnete wegen ihrer Einstellung zu den Agrar- und Steuergesetzen in den Reichstagsverhandlungen vom April dieses Jahres in der bisherigen persönlich verletzenden Form ein Schergengericht veranstaltet wird. Die furchtbar ernste Lage des Vaterlandes und insbesondere der Landwirtschaft erfordert: Sammlung und einmütiges Zusammenstehen aller der Landwirtschaft nahe stehenden Abgeordneten, Verbände und Parteien. Jeder Zwist unter ihnen dient nur der Sozialdemokratie."

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstages hat am Donnerstag sämtliche sozialdemokratischen Anträge auf Ausbau der Invalidenversicherung und auf Beseitigung der Streichungen am Sozialetat abgelehnt. Alle Hinweise auf die Gefährdung der Volksgesundheit waren vergeblich.

Die für die Kleinrentnerunterstützung im Etat vorgesehene Summe von 35 Millionen Mark wurde auf 40 Millionen erhöht. Der Zuschuss des Reiches zur Aufwertung der Renten in den Werkspensionskassen ist auf Antrag Aufhäuser (Soz) von 3 auf 3½ Millionen erhöht worden.

SPD. New Delhi, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Polizei, für die die Verhaftung von Frau Naidu, der gegenwärtigen Führerin der Widerstandsbewegung eine arge Verlegenheit bedeuten würde, hat am Donnerstag den Versuch gemacht, die Methoden der Anhänger Gandhis ihrerseits nachzuahmen. Der von Frau Naidu geführte Zug, dessen Ziel das staatliche Salzdepot von Dharsana ist, hatte kaum den zum Depot führenden Weg erreicht, als er sich einem grossen, mit Knüppeln bewaffneten Polizeiaufgebot gegenüber sah. Ein höherer Polizeibeamter trat an Frau Naidu heran und teilte ihr statt der erwarteten Verhaftung mit, dass die Behörden die Fortsetzung des Marsches nicht gestatten könnten. Frau Naidu erwiderte, dass sie mit ihren Anhängern an Ort und Stelle zu bleiben gedenke, ohne dass der Polizei-

offizier jedoch versuchte, die Teilnehmer an dem Zug zu zerstreuen. Er gab seinen Leuten vielmehr den Befehl, in passiver Resistenz zu verharren. Die beiden Parteien liegen sich nunmehr in einer Art von unblutigem Stellungskrieg gegenüber und warten auf eine gegenseitige Offensive. Die Anhänger Gandhis haben sich ihre Handwebstühle hervorgeholt und vertreiben sich die Zeit mit Spinnen.

Die indischen Liberalen haben der Öffentlichkeit eine Erklärung übergeben, in der die Widerstandsbewegung bedauert und verworfen, gleichzeitig aber betont wird, dass von den Behörden Ausschreitungen gegenüber den Anhängern Gandhis begangen worden seien. Von den Anhängern Gandhis wird ein Verzicht auf die Widerstandsbewegung gefordert, während die Behörden aufgefordert werden, die politischen Gefangenen zu entlassen und bald eine Konferenz mit den Führern der indischen öffentlichen Meinung zu veranlassen.

Die Regierung von Bombay hat das Erscheinen des offiziellen Bulletins des Aktionskomitees des Nationalkongresses auf zwei Monate verboten.

SPD. Genf, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat, der am Donnerstag seine diesjährige Mai-Tagung beendete, genehmigte in seiner Schlussitzung das Gesuch des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes zur Einholung eines Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes über die Aufnahme des Freistaates Danzig als Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes. Ausserdem wurde die Aufhebung der Finanzkontrolle über Ungarn beschlossen.

Der englische Aussenminister unterrichtete den Rat über die Verhältnisse in Palästina. Der Untersuchungsbericht über die Unruhen des vergangenen Jahres, der in aller Kürze der Mandatskommission des Völkerbundes zugehen werde, habe einen Umfang von 1000 Druckseiten erreicht. Zwecks Verhütung ähnlicher Zwischenfälle wie 1929 sei die Vermehrung der Truppen und eine Reorganisation der Polizei vorgenommen worden. Ferner lasse die britische Regierung die Regelung der Einwanderungs- und Ansiedlungsverhältnisse zurzeit durch Fachleute einer neuen Prüfung unterziehen. Sie hoffe, dass über die erforderlichen Massnahmen mit den arabischen und jüdischen Bevölkerungskreisen eine Verständigung erzielt werden könne.

Der Rat befasste sich zum Schluss noch mit den Beschwerden des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien über die Entlassung mehrerer Ärzte einer Knappschaftskasse und mit dem Fall Bochmann, ohne jedoch zu einer Entscheidung zu gelangen. Inbezug auf die Streitfrage hinsichtlich der Anmeldung der Schulkinder für die deutsche Minderheitsschule hat die polnische Regierung inzwischen ihre Meinung dahin geändert, dass die Eltern oder Erziehungsberechtigten der Kinder nicht mehr vor einer Kommission zu erscheinen brauchen. Die gewünschten Ankünfte können von jetzt ab durch die Beantwortung eines Fragebogens erteilt werden.

SPD. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat am Donnerstag "Vorschläge für eine wirksame Verbesserung der Lage der Landwirtschaft" veröffentlicht. Es handelt sich um ein Gutachten, das von einer Reihe von Wissenschaftlern im Auftrage des Reichsverbandes fertiggestellt wurde. Insbesondere sind erste Fachleute auf dem Gebiet der Betriebswirtschaft und des Absatzes herangezogen worden. Das Gutachten liegt auf der Linie einer sofortigen und schnellen Rationalisierung der Landwirtschaft, die die Sozialdemokratie seit Jahren vertritt und von der die Regierung Brüning-Schiele in ihren letzten Massnahmen in bedenklichem Masse abgewichen ist.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie betont in seiner Veröffentlichung, "dass grundsätzlich die bisherige Zollpolitik nicht beanstandet werde,

ohne dass er jedoch die getroffenen Massnahmen in ihren Einzelheiten billigen könne. Die Betonung ist natürlich auf den Nachsatz zu legen. Es ist für die Grüne Front und für die Regierung Brüning-Schiele kein erhebendes Gefühl, wenn die deutsche Industrie jetzt mit aller Macht darauf drängen muss, dass mit der landwirtschaftlichen Rationalisierung endlich ernst gemacht wird.

Das Gutachten geht von der Überzeugung aus, dass ein Teil der notwendigen Rationalisierung sehr schnell durchgeführt werden kann und die vorge-schlagenen Massnahmen sich schon nach verhältnismässig kurzer Zeit günstig auswirken, wenn sie rasch und tatkräftig durchgeführt werden. Verlangt wird 1.) Erschwerung der Einfuhr ausländischer Erzeugnisse durch Zölle oder sonstige handelspolitische Massnahmen, 2.) Aufbau einer zeitgemässen, den deut-schen Verhältnissen angepassten Absatzorganisation, 3.) Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik mit dem Ziele, in erster Linie die Erzeugungs-kosten zu senken und erst in zweiter Linie die Erzeugung zu vermehren, 4.) Zeitgemässer Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens.

Das Hauptgewicht des Programms liegt auf der Verbesserung der Absatz-organisation, der Technisierung des landwirtschaftlichen Erzeugungsprozesses und der Erziehung von Fachkräften für die landwirtschaftliche Arbeit. Das Gut-achten kommt natürlich auch zu dem Schluss, "dass Zölle in praktisch mögli-cher Höhe eine zur Behebung der augenblicklichen Notlage der Landwirtschaft ausreichende Steigerung der Einnahmen nicht bringen können." Daraus wird ge-folgert, dass der überwiegende Teil der notwendigen Mehreinnahmen durch ande-re Massnahmen geschaffen werden muss, die im Inlande zu ergreifen sind z.B. durch Senkung der Produktionskosten, Zusammenfassung grosser einheitlicher Mengen qualitativ verbesserter Erzeugnisse in zweckmässig aufgebauten Spezial-organisationen usw. Ausserdem wird die Notwendigkeit der Typisierung und der Standardisierung dargelegt. Der Rahmen dafür soll durch eine Reichsabsatzge-setzregelung geschaffen werden, die eine Gefahr dafür gibt, dass Deutschland auch im Inneren für den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den Güte-begriffen, Notierungen und Handelsgebräuchen ein einheitliches Wirtschaftsge-biet wird. Nur wenn dies der Fall sei, die Inlandswaren den konkurrierenden Auslandswaren qualitativ gleichwertig seien und durch leistungsfähige Absatz-organisationen zusammengefasst und wieder verteilt würden, werde es gelingen, dem Auslandswettbewerb zu begegnen. In diesem Sinne wird empfohlen, dass öf-fentliche Mittel für landwirtschaftliche Zwecke nur dann gewährt werden, wenn sich der Empfangende den Bestimmungen des Reichsabgabegesetzes in allen Teilen unterwirft. Die Absatzorganisationen sollen von der Landwirtschaft selbst ge-schaffen und verwaltet werden. Die Reichsausschüsse dürften im wesentlichen nur den Charakter einmaliger Einrichtungshilfen tragen.

SPD. New York, 15.Mai (Eig.Drahtb.)

Der amerikanische Passagierdampfer "City Atlanta" stiess bei Barnega (New Jersey) in dichtem Nebel mit dem Frachtschoner "Azua" zusammen. Der Schoner wurde kurz nach der Katastrophe ein Opfer der Wellen. Zahlreiche See-leute werden vermisst. Die von der Besatzung geretteten Mitglieder wurden von Küstenkuttern übernommen,

SPD. Sofia, 15.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Verhandlungen über die Umbildung der Regierung Liaptschew haben am Donnerstag zu einer Verständigung geführt, nach-dem der Ministerpräsident im Auftrage des Königs nochmals Besprechungen mit der Zankow-Gruppe eingeleitet hatte. Der Regierung werden drei Mitglieder der Zankow-Gruppe angehören, da-runter Zankow selbst als Unterrichtsminister und der frühere Aussenminister Burow als Minister für auswärtige Angelegenheiten. Insgesamt wurden sechs Mi-nisterien neu besetzt.

SPD. Genf, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

In einer am Donnerstag abend abgehaltenen Besprechung zwischen dem französischen Aussenminister Briand und dem Reichsaussenminister Dr. Curtius wurden Richtlinien für die Rheinlandräumung festgelegt. Ihre endgültige Gestaltung soll im einzelnen durch Verhandlungen des deutschen Botschafters in Paris mit der französischen Regierung erfolgen, Ueber das Datum der Rheinlandräumung ergab sich zwischen dem Reichsaussenminister und Briand vollkommene Uebereinstimmung. Sobald die Rheinlandräumung erfolgt ist, werden auch die Bahnschutztruppe aus dem Saargebiet zurückgezogen.

Am Donnerstag abend hatte Curtius u.a. auch mit dem italienischen Aussenminister Grandi eine Aussprache.

SPD. London, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Unter Beteiligung einer nach Zehntausenden zählenden Menschenmenge wurde am Donnerstag nachmittag der britische Arbeiterführer John Wheatley zu Grabe getragen. Ausser der Regierung und der Arbeiterfraktion des Unterhauses waren fast sämtliche öffentlichen Körperschaften Glasgows und ganz Westschottlands einschliesslich der katholischen und protestantischen kirchlichen Organisationen vertreten.

SPD. Genf, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Der südslawische Aussenminister Marinkowitsch erklärte am Donnerstag vor Vertretern der Presse, dass, wenn die Treibereien des "Feindes im Osten", d.h. slawische Regierung gezwungen sehen werde, auf Grund des Artikels 12 des Völkerbundespaktes die Vermittlung des Völkerbundesrates anzurufen. Das Verhältnis Südslawiens zu Italien befinde sich auf dem Wege der Besserung.

Der chinesische Gesandte in Berlin gab vor Pressevertretern der Ueberzeugung Ausdruck, dass seine Regierung die neuen Unruhen in China bald bezwingen werde. China werde hoffentlich bald einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhalten.

SPD. London, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Im Unterhaus betonte MacDonald am Donnerstag, dass die Flottenkonferenz nicht nur eine Angelegenheit der Seeabrüstung gewesen sei, sondern darauf abgezielt habe, einen wesentlichen Beitrag für die Landabrüstungen zu leisten.

Der Friede der Welt - so fuhr MacDonald fort - könne durch die Beschränkung der Rüstungen auf eine einzelne Waffengattung nicht wesentlich gefördert werden. Seit dem Zusammenbruch der Flottenaussprache in Genf im Jahre 1927 sei ein Rückschritt in der Friedensgesinnung festzustellen. Jeder Blick auf die Flotten- und sonstigen Militärprogramme der Staaten zeige, dass das Scheitern der Besprechungen im Jahre 1927 in Genf den militärischen Rüstungen einen grossen Anstoss verliehen habe. Die Nationen fielen in ihre alte Vorkriegsmentalität zurück. Die überlebten Befürchtungen und abesgläubischen Vorstellungen über die Sicherheit seien wieder lebendig geworden und es würden wiederum Argumente gebraucht, die im Jahre 1914 landläufig waren.

MacDonald gab dann einen Ueberblick über die Voraussetzungen der Abrüstung zur See. Er wies unter dem lebhaften Beifall der Fraktion der Arbeiterpartei darauf hin, dass als eine der wichtigsten Grundlagen hierfür eine Verständigung zwischen England und Amerika hergestellt werden sei. Das Dreimächte-Abkommen stelle ebenfalls eine grosse Leistung dar. Die Ersparnisse im Bau von Kreuzern, Zerstörern und U-Booten belaufe sich auf 300 Millionen Mark. Es habe keinen Sinn, die Ergebnisse der Konferenz zu übertreiben, aber man dürfe sie auch nicht verringern. Die Konferenz habe einen wesentlichen Beitrag zur Sache des Friedens geleistet.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 15. Mai (Eig. Bericht)

Am 15. Mai, dem Tage des Wiederzusammentritts des Reichsparlaments stand der neue Reichsjustizminister Dr. Bredt zum ersten Male vor dem Reichstag. Er redete kurz und stellte dennoch einen ministeriell-parlamentarischen Weltrekord auf. Das Haus fand sich nach dem Auftreten Bredts zu einer einmütigen Willenskundgebung zusammen. Endlich eine Einheitsfront, aber nicht für den Minister, sondern gegen ihn. Bredts Gesetzentwurf zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes wurde einstimmig abgelehnt. Nicht einmal den Antrag auf Ausschussberatung stellte ein Mitglied aus einer Regierungspartei. Erbarmungslos warf auch die Fraktion des Ministers, die Wirtschaftspartei, ihrem Vertrauensmann in der Regierung das gesetzgeberische Machwerk vor die Füße. So endete Bredts erste ministerielle Leistung. Er wird von sich sagen dürfen, dass noch nie ein deutscher Minister ähnlich vom Reichstag nach Hause geschickt worden ist. An Rücktritt denkt Herr Bredt natürlich nicht. Wie sollte er auch? Er hat lange genug darauf gewartet, "Herr Reichsminister" tituliert zu werden.

Der Gesetzentwurf wollte die Kürzung der Anwaltsgebühren in Armenrechts-sachen, ferner wollte er eine Berufung in Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche nur bei einem Betrag von 200 Reichsmark zulassen. Die amtsgerichtliche Zuständigkeitsgrenze, die in der Vorkriegszeit 600 Mark betrug, sollte auf 1 000 Mark erhöht werden, sodass also erst bei Rechtsfällen im Werte von über 1000 Mark das Landgericht in Anspruch genommen werden könnte.

Der sozialdemokratische Redner Dr. Marum bezeichnete den Gesetzentwurf als unsozial und plutokratisch. Er verlangte die Ablehnung schon bei der ersten Beratung. Alle weiteren Redner aus dem Hause schlossen sich dem sozialdemokratischen Sprecher an. Das Schicksal des Gesetzentwurfes war dementsprechend. Er wurde ruhmlos begraben.

Das Haus wandte sich dann dem Gesetzentwurf über die Ermächtigung zu, steuerliche Massnahmen zwecks Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft zu erlassen. Es handelt sich um ein Ermächtigungsgesetz für die Reichsregierung. Sie soll das Recht erhalten, mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags auf den Gebieten des Steuerabzuges vom Kapitalertrage, der Kapitalverkehrssteuer, der Wertzuwachssteuer und der Besteuerung inländischer Aktiengesellschaften steuerliche Erleichterungen zu treffen. Der Zweck der in Aussicht genommenen Massnahmen soll sein, dem deutschen Kapital eine Anlage in Deutschland selbst wünschenswerter als eine Anlage im Auslande erscheinen zu lassen. Die Regierung erhofft von diesen Massnahmen neue Arbeitsmöglichkeiten für die werktätige Bevölkerung und die Abnahme der Zahl der Erwerbslosen.

Für die Sozialdemokratie machte der Abg. Keil geltend, dass der Gesetzentwurf verfassungsändernd sei und darum zur Annahme einer Zweidrittelmehrheit bedürfe. Keil polemisierte lebhaft gegen die verlangte Ausschaltung des Reichstages. Nicht ein Ausschuss, sondern der gesamte Reichstag habe über die Finanzfragen zu entscheiden. Der Reichskanzler habe fast in jeder seiner Reden über die Notwendigkeit von Verantwortung gesprochen. Hier wolle man aber den Reichstag auf wichtigsten Gebieten von der Verantwortung befreien. Keil erhob dann im einzelnen Bedenken gegen die beabsichtigten Steuersenkungen. Er zweifelte stark, ob überhaupt in absehbarer Zeit Steuersenkungen möglich seien. Der Reichsfinanzminister versuchte sich dadurch herauszureden, dass er sich hinter die frühere Regierung und den Reichsarbeitsminister Wissell verkroch. Dieser habe eine Belebung des Kapitalmarktes für den Wohnungsbau auch durch Aufhebung der Kapitalertragssteuer unterstützt. Damit sagte Moldenhauer wirklich nichts neues. Für eine Hebung des Kapitalzuflusses auf dem Baumarkt und damit zu einem Rückfluss von jetzt Erwerbslosen in den Produktionsprozess ist auch die Sozialdemokratie bereit, alles Notwendige zu tun. Ob die Aufhebung der Ka-

pitalertragssteuer dafür ein geeignetes Mittel ist, darüber kann man, wie Keil im einzelnen ausführte, zweierlei Meinung sein. Er erwiderte dem Minister sofort, dass dieser die Diskussionsgrundlage verschoben habe. Es handele sich lediglich um die Frage, ob die Regierung unter Ausschaltung des Parlaments die Ermächtigung erhalten solle, selbst Steuersenkungen vorzunehmen. Der Versuch Moldenhauers, sich durch Wissell zu schützen, sei vollkommen missglückt. Keine Partei sei verpflichtet, jede Vorlage anzunehmen, die von einer Regierung eingebracht werde, in der sie selbst nur eine Minderheit darstelle. Eben erst hätten ja sogar sämtliche Regierungsparteien dem Reichsjustizminister eine Vorlage abgelehnt. Die Sozialdemokratie werde das Ermächtigungsgesetz bekämpfen

Der kommunistische Redner Dr. Neubauer freute sich, aus Mangel an eigenem Wissen einige Stichworte aus der Rede Moldenhauers gegen die Sozialdemokratie aufpicken zu können. Er hatte aber am allerwenigsten Grund, sich gegen das Ermächtigungsgesetz zu engagieren. Regieren doch die Sowjet-Machthaber in Russland von jeher nur aufgrund einer Ermächtigung, die ihnen noch nicht einmal von einem frei gewählten Parlament erteilt worden ist. Der Gesetzentwurf wurde dem Steuerausschuss zur Weiterberatung überwiesen.

SPD. München, 15. Mai (Eig. Ber.)

Am Mittwoch und Donnerstag verhandelte das Münchener Schwurgericht gegen den 25 jährigen Fabrikbesitzerssohn Jakob Lüttgen aus Kreuzau im Rheinland, der in der Nacht zum 21. Dezember vorigen Jahres eine 19 jährige Prostituierte in seinem Pensionszimmer ermordet hat. Die Anklage lautet auf vorsätzlichen Mord. Die Verhandlung gewährte einen tiefen Einblick in das Leben eines arbeits scheuen halt- und willenslosen Lüstlings, den nur die eine Sorge drückte, wie er die reichen Geldmittel, die ihm sein Vater monatlich übersandte, mit Weibern und Alkohol wieder losbrachte. Am Donnerstag gaben die Sachverständigen ihre Gutachten ab. Während der eine den Angeklagten für voll verantwortlich erklärte, glaubte der zweite Gutachter, dass Lüttgen die Tat im Zustand des Deliriums begangen habe. Angesichts dieser einander gegenüberstehenden Sachverständigenansichten setzte das Gericht die Verhandlung aus, um ein Obergutachten einzuholen.

SPD. Hannover, 15. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn in Hannover führten zu einem grossen Erfolg des Einheitsverbandes der Eisenbahner. Von 5 193 abgegebenen Stimmen erhielt der Einheitsverband 4 865 = 156 Sitze und der Allgemeine Eisenbahnerverband (Hirsch-Duncker) 102 Stimmen = 2 Sitze. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (christlich) vereinigte 191 Stimmen = 2 Sitze auf sich. Die revolutionäre Opposition hatte nur eine Liste zum Hauptbetriebsrat aufgestellt, sie erhielt jedoch im Bereich der Ortsgruppe Hannover des Einheitsverbandes der Eisenbahner nicht eine einzige Stimme.

Die internationale Hygiene-Ausstellung.

SPD. Dresden, 15. Mai (Eig. Bericht)

In den nächsten Tagen wird in Dresden die Internationale Hygiene-Ausstellung eröffnet werden. Die gesamtarchitektonische Anlage der Ausstellung, die eine Bodenfläche von rund 400 000 qm einnimmt, ist im Gegensatz zu dem Chaos, das zurzeit in den Hallen noch herrscht, klar zu überschauen. Am besten von dem Monumentalbau des Hygienemuseums aus, das mit seiner scharf gezeichneten Fassade die Architektonik der Ausstellungshallen angibt und mit seiner kubischen Masse den Hauptgang der grossen Allee beherrscht, ein Symbol der auf Sachlichkeit gestellten Lebensführung.

Die Führung durch die Ausstellung beginnt mit der Sonderschau: Das Krankenhaus. Das ist eine Riesenhalle, die zukünftige Stadthalle Dresdens, die in annähernd 70 Krankenhausräumen aller Art aufgeteilt, die letzten technischen Möglichkeiten der Krankeneinrichtung bis in die äussersten Spezialgebiete verfolgt. Eine Mustertypenschau mit Modellen, Plänen und Photographien leitet zur "Fanok" (Fachnormenausschuss-Krankenhaus) über. Statistik, medizinische Literatur umrahmen die bildhafte und plastische Darstellung.

Dann betreten wir einen grossen Sport- und Spielplatz, an den sich die Halle Leibesübungen anlehnt. Hier werden alle Arten von sportlicher Betätigung nach hygienischen Gesichtspunkten bezeichnet und bewertet. Eine Ausstellung der Organisationen lehrt uns die Bedeutung namentlich der Arbeitersportbewegung kennen, die in riesenhaftem Raume durch die Verbände der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege ihre Darstellung findet, weithin schon durch das kräftige Rot der Ausstattung gekennzeichnet.

Gesundes Seelenleben wird zum erstenmal in grösserer Masse ausstellungstechnisch in einer besonderen Gruppe bearbeitet. Das Problem der Nervosität, des nervösen Menschen zwingt zur "seelischen Hygiene". Die Anlage- und umweltmässigen günstigen und ungünstigen Bedingungen, die für die Entwicklung der seelischen Lebensweise massgebend sind, werden gezeigt, die Einrichtungen und Massnahmen, die die Geisteskranken- und Psychopathenfürsorge entwickelt haben, nach Art und Umfang wiedergegeben. Aber auch den neueren Anschauungen der analytischen Psychologie wird Rechnung getragen. Ein grosses Wandgemälde soll das Leben im Zeitalter der Nervosität illustrieren.

Das Hygienemuseum bildet selbstverständlich das Zentrum der Ausstellung. Es birgt den wissenschaftlichen und technischen Apparat, die Lager, die Werkstätten, die Verwaltungsräume. Zwei Etagen enthalten die Schausammlungen des Museums. Im Mittelpunkt steht der Tradition der Ausstellung des Jahres 1911 folgend, der Mensch. Sein Bau, seine Verrichtungen treten an durchsichtigen Modellen in Erscheinung. Die feinsten Blutgefässe, Nerven und Gewebsteile werden mit der immer mehr verfeinerten Methode des Museums sichtbar gemacht. Im Untergeschoss werden die Kapitel der persönlichen Gesundheitspflege behandelt, während das Obergeschoss dem weiteren Kreis der Umwelthygiene, dem Verhältnis von Gesundheit und Krankheit, der Darstellung der Tuberkulose, des Krebses, der Geschlechtskrankheiten dient.

Nach dem Rundgang durch die Sammlungen des Museums werden die wissenschaftlichen Fachgruppen der Ausstellung weiter besucht. Ein Hallenkomplex führt in die Massnahmen der allgemeinen Körperpflege ein und liefert in besonderen Gruppen Bilder von der speziellen Hygiene des Kindes, vom Säugling bis zum Schulkind und der Frau. Die bedeutungsvollen bevölkerungspolitischen Aenderungen, die sich im Leben der Frau in der Kriegszeit angebahnt und später vollzogen haben, werden dargestellt, die neuen hygienischen Forderungen, die sich daraus ergeben, erhoben. Eine Gruppe Arbeits- und Gewerbehygiene führt die durch die Arbeit bedingten Gefahren vor, erörtert die Probleme der Ermüdung und Erholung, des Arbeitsschutzes und behandelt schliesslich die einzelnen gewerblichen Gefährdungen und ihre Bekämpfungsmassnahmen.

Ueber 20 fremde Staaten vereinigen mit der Hygienesektion des Völkerbundes, dem Internationalen Arbeitsamt und anderen internationalen Organisationen ihre

Schaustellungen auf dem Platz der Nationen, einer abgeschlossenen, architektonisch ausserordentlich anziehenden Anlage.

Die Ausstellung des Reiches erfolgt unter historischen Gesichtspunkten. In den weiten Hallen des alten Ausstellungsgeländes wird unter dem Titel Entwicklung des deutschen Gesundheitswesens eine Uebersicht über die Entwicklung der letzten 100 Jahre auf fast allen Gebieten der Hygiene gegeben: Seuchenbekämpfung, Ernährungswesen, Gesundheitsschutz der Arbeiter, Sozialversicherung, Gesundheitsfürsorge, Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, des Alkoholismus, Anstaltswesen, Hygienische Volksbelehrung usw. Daran schliesst sich die Ausstellung der Länder, der ihre besonderen Leistungen auf dem Gebiete der Hygiene zur Geltung bringen. Die organische Fortsetzung dieser Gruppierung bildet die Ausstellung der deutschen Städte, durch ihre Spitzenorganisation, den Deutschen Städtetag, als Kollektivausstellung zusammengefasst. Die vielgestaltigen Einrichtungen der örtlichen Hygiene, Wasserversorgung, Abwässerung und Müllbeseitigung, Bau- und Wohnungswesen, Lebensmittelversorgung und Kontrolle, Seuchenbekämpfung usw. werden hier abgehandelt. Dazu kommen die Arbeitsgebiete der Gesundheitsfürsorge, von der Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge bis zur offenen Irrenpflege.

Die Hygiene des Einzelmenschen, die persönliche Hygiene kann - das lehrt die Ausstellung mit aller Deutlichkeit - nicht mehr für sich gezeigt werden. Ihre Durchführung ist bereits an soziale Bedingungen geknüpft, die nachgewiesen und möglich gemacht werden müssen. Aber auch die Entwicklung der sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge an sich zwingt jede hygienische Ausstellung zu einer kombinierten Darstellung von persönlicher und sozialer Hygiene. Die Tuberkulose-Abteilung der Ausstellung z.B. muss die Darstellung der körperlichen und an den einzelnen Organen stattfindenden Prozesse nicht nur in Beziehung zur Wohnung, Ernährung und Beruf setzen, sondern notwendigerweise auch die vorbeugenden und heilenden gesundheitsfürsorglichen Massnahmen in unmittelbarste Beziehung setzen und bildhaft dem Beschauer dartun.

Eine andere Kombination, nicht so dringlich, aber heute unvermeidlich, betrifft die Verbindung von wissenschaftlicher Darstellung und industrieller Darbietung. Die Internationale Hygiene-Ausstellung hat dieses Problem in der Weise gelöst, dass in den Ausstellungshallen, die dafür in Frage kommen, im allgemeinen die Mitte des Raumes der ausstellenden Industrie überlassen worden ist. Es finden sich aber auch Industrien in eigenen Räumen. Dass die Brauindustrie auch auf dieser Hygiene-Ausstellung nicht fehlt und sogar sehr aufdringlich das Bier als Volksnahrungsmittel anbietet, sei des Witzes halber registriert.

Die wichtigen Kapitel der individuellen Hygiene: Klima, Hygiene der Kleidung, Schädlingsbekämpfung, Lebensmittel, werden in ihrer gesundheitlichen, aber auch wirtschaftlichen Bedeutung zur Darstellung gebracht. Das Thema Wohnung und Siedlung wird in zwei Abteilungen, "die gesunde Wohnung" und "die gesunde Stadt" behandelt. Eine Reihe von Siedlungshäusern illustrieren die mannigfaltigen Gesichtspunkte, nach denen hygienisches Siedeln heute stattfinden muss. Wir sehen ein Haus für eine kinderreiche Familie, ein Haus für einen Lungenkranken, ein Haus für einen Kriegsbeschädigten und anderes mehr. Aus entsprechenden Gesichtspunkten entstand eine Gruppe Landwirtschaft, die ein ganzes Gehöft umfasst, auf dem nach hygienischen Gesichtspunkten gewirtschaftet wird.

Das Lehrbuch der Volksgesundheitspflege, das hier in zweiter und erweiterter Auflage in der Metropole der Hygienedarstellung aufgeschlagen wird, soll die breite Oeffentlichkeit mit dem Wesen, den Grundsätzen und den letzten Errungenschaften der Hygiene vertraut machen. Eine grosse Anzahl von Kongressen und Tagungen wird den wissenschaftlichen Charakter der Ausstellung unterstreichen, aber auch zusammen mit der Bildwirkung der Ausstellung die praktischen Forderungen zu stellen haben. Das Wesentliche solcher doch immerhin kostspieligen Veranstaltungen ist in dem Fortschritt, der sozialpolitisch aus ihnen abgeleitet werden kann, zu sehen. Die Fassade muss Wirklichkeit werden.

Dr.H.F.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Ein alter Schwindel.

SPD. Der "Völkische Beobachter" des Herrn Hitler hetzt gegen die Arbeiterbank in Berlin. Er hat einen alten Schwindel aufgewärmt, der durch das hohe Alter, das er schon hat, nicht gerade wohlriechender geworden ist. Es handelt sich um die Behauptung, dass sich die sächsische Regierung um einen Kredit an die Arbeiterbank gewandt habe, dass das Geschäft aber an dem hohen Zinssatz gescheitert sei, den die Arbeiterbank verlangt habe. Der "Völkische Beobachter" des Herrn Hitler versieht den alten Schwindel mit den üblichen Bemerkungen über Tantieme und Dividende der jüdischen und marxistischen Direktoren und Aufsichtsräte vom Schlage der Davidsohn und Konsorten.

Dieser Schwindel ist Ende 1929 vom sächsischen Finanzministerium aus auf bisher noch ungeklärte Weise in die Welt gesetzt worden. Als unsere sächsische Parteifreunde im Hauptausschuss des Sächsischen Landtags die Angelegenheit zur Sprache brachten, stellte der Finanzminister fest, dass die sächsische Regierung durch Vermittlung der Arbeiterbank einen Kredit zu sehr günstigen Bedingungen erhalten habe und dass er der Arbeiterbank dafür zu Dank verpflichtet sei.

Dieser Schwindel ist also bereits vor mehr als einem halben Jahr in aller Öffentlichkeit widerlegt worden. Der "völkische Beobachter" des Herrn Hitler hat ihn trotzdem zum Zwecke verlogener und verleumderischer Hetze wieder aufgewärmt.

Arbeiterverräter Schiller.

Das Wort "Renegat" ist in den Spalten der kommunistischen Presse immer häufiger zu finden, bald wird es so weit gekommen sein, dass mindestens jeder zweite Kommunist ein Renegat ist! Die Berliner "Rote Fahne" hat in diesen Tagen das Lebensschicksal eines Renegaten geschrieben. Überschrift: Vom Rebellen zum Renegaten. Mit wenigen Worten der "Roten Fahne" kann der Gang der Schilderung wiedergegeben werden: "Vorkämpfer der Freiheit - revolutionäre Erklärungen; revolutionäre Qualitäten". Bis dahin geht also der Weg des Rebellen und des Revolutionärs. Nun aber kommt der Renegat: "Seine theoretische Plattform ist alles andere als politisch und sozial tendenzlos - Freibrief für den weissen Terror - Verräter - die revolutionären Arbeiter hassen den Renegaten. Sie verachten den, der mit moralisierender Geste zum Klassenfeind überlief."

Wer ist das nun? Ist es Brandler oder Thalheimer, oder ist es, um noch höher hinaufzugehen, etwa Trotzki? Wer ist es, der die falsche theoretische Plattform hat und die Arbeiter verraten hat? Es ist weder Brandler, noch Thalheimer, noch Trotzki. Es ist - Friedrich Schiller.

Hakenkreuzler als Grundstücksschieber.

- In Koburg stand ein Haus mit drei Zimmern zum Verkauf. Es gehörte zur Konkursmasse einer Firma, die bei hunderten von kleinen Leuten in Koburg schwer verschuldet war. Das Haus sollte für die Konkursmasse bestmöglichst verwendet werden, um den Gläubigern, alles kleinen Leuten, eine möglichst hohe Quote geben zu können. Da richtete der nationalsozialistische Stadtrat Otto Schmidt an das Wohnungsamt Koburg eine Zuschrift, in der es heisst :

"Da der seitherige Besitzer sich im Konkurs befindet, und die Konkursverwaltung das Haus mit Grundstück verkauft, fordere ich vom Wohnungsamt die Beschlagnahme dieser Wohnung zugunsten Koburger Wohnungssuchender. Besonders deswegen, weil begründeter Verdacht besteht, dass das Haus durch Verkauf an einen auswärtigen Käufer kommt und dadurch dem Koburger Wohnungsamt eine Wohnung verloren geht. Es sind Koburger Interessenten für dieses Haus vorhanden, welche ihre innehabende Wohnung nach dem Umzug dem Wohnungsamt zur Verfügung stellen werden."

Der Brief war vom Hakenkreuz-Stadtrat Schmidt unterschrieben, der Text jedoch vom Hakenkreuz-Stadtrat Linke geschrieben. Der Hakenkreuz-Stadtrat Linke hat aus der Konkursmasse das Anwesen gekauft.

Es waren also Koburger Interessenten vorhanden, nämlich Schmidt und Linke, und sie haben beide ihr Ehrenamt als Stadträte benutzt, um einen Versuch zu machen, den Preis des Anwesens zu drücken. Denn wäre es zur Beschlagnahme gekommen, so wäre eine Entwertung des Grundstücks die Folge gewesen, die kleinen Leute, die als Gläubiger ein Interesse an einer hohen Kaufsumme hatten, wären um ihre Hoffnungen betrogen worden, der Hakenkreuz-Stadtrat Linke aber hätte das Anwesen für einen Pappenstiel haben können.

Aus der fein eingefädelten Schiebung ist jedoch nichts geworden, der Wohnungsausschuss hat die Beschlagnahme abgelehnt und der Hakenkreuz-Stadtrat Linke musste eine normale Kaufsumme bezahlen. Schmidt und Linke sind zwei würdige Vertreter der Partei für die Reinigung Deutschlands!

Das Manneswort beim Hakenkreuz.

Das Mannheimer Schöffengericht hat einem Hakenkreuzler, den ehemaligen Polizeioberleutnant Pflaumer wegen Beleidigung zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Vor Gericht erklärte der Schimpfheld stolz:

"Von der nationalsozialistischen Bewegung fühlte ich mich seit ihrem Bestehen angezogen. Ich machte während meiner Polizeidienstzeit nie ein Hehl aus meiner Gesinnung, meine Vorgesetzten und Untergebenen kannte meine Einstellung."

Der wackere Hakenkreuzmann hätte sich also in seiner Dienstzeit laut und freudig zum Hakenkreuz bekannt. Wie er das getan hat, geht aus der folgenden Erklärung hervor, die er seiner vorgesetzten Dienststelle abgegeben hatte:

"Ich bin Mitglied der Reichspartei des Mittelstandes. Einer anderen Partei gehöre ich nicht an. Ich betätige mich in politischer Hinsicht in keiner Weise. Seit Jahren nehme ich grosses Interesse an politischen Dingen und besuche deshalb auch zu meiner Orientierung die Versammlungen aller Parteien. So habe ich auch schon kommunistische Versammlungen besucht. Da die Nationalsozialistische Partei in den letzten Jahren mehr Versammlungen als die übrigen Parteien abgehalten hat, ist es jedenfalls besonders aufgefallen, dass ich diese Versammlungen besuchte. Ich betone nochmals, dass ich die nationalsozialistischen Versammlungen lediglich zu informatorischen Zwecken besuchte."

Der Herr Polizeioberleutnant vom Hakenkreuz hat also im Dienst Stein und Bein geschworen, dass er mit den Hakenkreuzlern nichts zu tun habe. Nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst prahlt er damit, dass er aus seiner Hakenkreuzgesinnung im Dienst nie ein Hehl gemacht habe. Selbst das grösste nationalsozialistische Maul wird nicht imstande sein, den Widerspruch zwischen der dienstlichen Erklärung und der Aussage vor Gericht aufzuhellen. Da sieht man doch noch, was Mannesworte beim Hakenkreuz wert sind!

Aus aller Welt

Maria Orska.

Die Tragödie einer Schauspielerin.

SPD. Die Schauspielerin Maria Orska, die schon seit Jahren Morphinistin ist und von Sanatorium zu Sanatorium wandert, liegt in einem Wiener Sanatorium im Sterben. Zehn Veronaltabletten, die sie in ihrer Rauschgiftsucht - manche vermuten auch: in selbstmörderischer Absicht - auf einmal zu sich genommen hat, haben sie in einen Zustand völliger Bewusstlosigkeit versinken lassen, eine hinzutretende Lungenentzündung gab der unglücklichen Frau den Rest. Maria Orska, exzentrisch, launenhaft, immer etwas hysterisch, dabei im Grunde doch sehr sympathisch, stand lange im Mittelpunkt der sogenannten Berliner Gesellschaft, die immer neue Skandale zu erzählen wusste, in deren Mittelpunkt die Künstlerin stand. Da war die Geschichte mit ihrem zweiten Mann Baron v. Bleichröder, "Halsbandaffäre", die seinerzeit so viel Staub aufgewirbelt hat. Da waren seltsame Szenen in exklusiven Lokalen des Berliner Westens, von denen man nicht genug zu berichten wusste. Viele Leute, die skeptisch waren, hielten das alles, die Morphiumsucht und die nie abreissende Kette der Skandale für Reklametricks der Orska und ihres Managers. Tieferblickende aber wussten, dass die unglückliche Frau wie von Furien gepeitscht in einer unbezähmbaren Lebensgier, die sich mit einer hemmungslosen Sucht nach Betäubung jeder Art paarte, von einem Abenteuer ins andere taumelte, ohne selbst klar zu wissen: wieso und warum....

+
Szene auf der Bühne der Reinhardtschen Kammerspiele in der Schumannstrasse zu Berlin. Die Orska spielt eine ihrer Paraderollen in einem rührenden Reisser so suggestiv, so hinreissend und bezaubernd, dass das Publikum in spontanen Beifall auf offener Szene ausbricht. Maria Orska dankt mit glücklichem Lächeln. Der etwas scharfe Mund vibriert vor Aufregung. Die dunkelbraunen Augen haben einen fiebrigen, fast extatischen Glanz. Das Stück geht zu Ende, die hingerissenen Zuschauer danken der Künstlerin mit minutenlangen Kundgebungen. Dann sinkt der eiserne Vorhang, Maria Orska wankt in ihre Garderobe zurück. Die bewegten Zuhörer, die in froher Laune das Theater verlassen, ahnen nicht, welche Tragödie sich jetzt hinter den Kulissen abspielt. Maria Orska, vor Erschöpfung am ganzen Leibe zitternd, bekommt Schreckkrämpfe, zerschlägt in einem Tobsuchtsanfall den Spiegel ihrer Garderobe und rast wie wild durch die Räume. Nur unter grossen Schwierigkeiten gelingt es einer Wärterin und einem Arzt, die kranke Frau, die fortgesetzt um Morphinum bittet, durch eine Einspritzung zu beruhigen. Eine halbe Stunde später fährt man sie im Auto ins Sanatorium, von der Stätte ihres Triumphes in ein Krankenzimmer.

+
Eine andere Szene. In einem sehr eleganten Lokal des Berliner Westens sitzt Maria Orska mit Verwandten und Kollegen zusammen. Sie ist bester Laune, lacht fast unaufhörlich, erzählt Anekdoten, dann diskutiert sie sehr eifrig mit einem älteren Herrn, der ein Arzt zu sein scheint, über Vererbungstheorie. Plötzlich, ganz jäh, kommt es zu einer Krise. Maria Orska wird bleich, macht ein finsternes Gesicht und bekommt unvermittelt einen Weinkampf. Die anderen Gäste werden aufmerksam, der Zwischenfall ist allen am Tisch Anwesenden ungemain peinlich. Schliesslich zerschlägt die Künstlerin in einem Wutanfall Gläser und Teller und muss hinausgebracht werden. Wohin geht der Weg? Wieder in ein Sanatorium.

+

Am Eisenbahndamm der Strecke Frankfurt - Würzburg findet ein Bahnarbeiter eine noch ziemlich junge Frau, die sich in einem erbarmungswürdigen Zustand befindet. Ihr Gesicht ist totenbleich und von Kratzwunden entstellt, die Kleidung beschmutzt und vernachlässigt; die Unglückliche vermag auf keine Frage des Arbeiters eine klare Antwort zu geben. Immer wieder stammelt sie nur, dass sie unendlich müde sei. Der Mann, der nicht weiss, was er mit dem armen Geschöpf anfangen soll, alarmiert einen Landgendarmen; sie bringen die Frau gemeinsam ins Krankenhaus. Hier ergeben langwierige Ermittlungen, dass die Zusammengebrochene niemand anders ist, als Maria Orska, die wieder einmal aus einem Sanatorium, in das man die Morphiumsüchtige gesteckt hatte, entwichen war und nun hungernd und halb im Dämmerzustand auf den Strassen umherirrte....

Sicherlich war Maria Orska, die jetzt erst 34 Jahre alt ist, eine der bedeutendsten und ergreifendsten Darstellerinnen der deutschen Schaubühne. Es ist von tiefer Tragik, dass die künstlerisch hochbegabte Frau, die auch eine der menschlich sympathischsten und interessantesten Erscheinungen des deutschen Kunstlebens gewesen ist, so enden musste. Ihre Leistung ist umso anerkennenswerter, wenn man bedenkt, dass die Künstlerin, die auf der Bühne ein so reizvolles Deutsch sprach, eigentlich aus Russland stammt und die deutsche Sprache erst im Wiener Hause ihres Onkels erlernte. In Wien war es auch, wo sie den Entschluss fasste, zur Bühne zu gehen, der ihre Leidenschaft schon seit frühester Jugend gehört hatte. Die ungemein erfolgreiche Laufbahn führte u. a. nach Wien, Prag, Hamburg und vor allem nach Berlin. Früher war nur ihr Spiel erschütternd, jetzt ist es auch ihr Schicksal....

Der Prager Militärskandal. Am Donnerstag morgen ist in Prag in Zusammenhang mit der Dvorak-Affäre der Direktor der tschechischen Länderbank, Emil Weidner, verhaftet worden. Direktor Weidner soll bei den von dem Dichterarzt Dvorak vorgenommenen Befreiungen vom tschechischen Militärdienst als Vermittler tätig gewesen sein.

Die Lübecker Säuglingstragödie. Mit dem Tod von acht und der Erkrankung von 23 Lübecker Säuglingen, die mit dem in Deutschland noch nicht genügend erprobten Calmette'schen Tuberkuloseschutzmittel gefüttert worden sind, beschäftigt sich nunmehr auch die Staatsanwaltschaft. Es wird gegen die verantwortlichen Aerzte der Vorwurf erhoben, dass die Behandlung der Kinder mit dem Calmette-Mittel nicht in allen Fällen mit Wissen der Mütter geschehen ist. Was noch schwerer wiegt, ist, dass sämtliche Lübecker Hebammen Kulturen dieser Rindertuberkelbazillen ausgehändigt bekamen, wodurch naturgemäss bei der Dosierung sehr leicht Fehler unterlaufen konnten. Jede ärztliche Kontrolle fehlte. Inzwischen hat das Reichsgesundheitsamt Professor Dr. Lange, einen bekannten Tuberkulosefachmann, nach Lübeck entsandt. Dazu erklärt Professor Dr. Deycke, der Direktor des Lübecker Krankenhauses: "Wir werden gemeinsam mit dem Reichsgesundheitsamt die Angelegenheit untersuchen, aber schon heute kann ich sagen, dass ich in meinem ganzen Leben nicht mehr meine Einwilligung zu der Anwendung des Verfahrens geben werde. Da die von mir untersuchten Präparate aus Paris einwandfrei waren, kann ich nur zu der Annahme kommen, dass die Bazillen virulent geworden sind, dass also ein Rückschlag in die alte Form eingetreten ist. Dies würde allerdings für das Calmette'sche Verfahren eine niederschmetternde Feststellung sein."

Freitod von Paul Levis Vater. Der 86 Jahre alte Jacob Levi, der Vater des vor kurzer Zeit auf tragische Weise ums Leben gekommenen Reichstagsabgeordneten Paul Levi, hat sich in seinem Heimatorte Hechingen (Württemberg) aus dem Fenster gestürzt und verschied an den Folgen der erlittenen Verletzungen. Jacob Levi konnte den Tod seines Sohnes nicht verschmerzen.

Die Potsdamer Blutschande. Vor dem erweiterten Potsdamer Schöffengericht begann am Donnerstag der Prozess gegen den ehemaligen Amts- und Gemeindevorsteher von Bornim-Bornstedt bei Potsdam Arthur Frenzel. Der Angeklagte soll an seiner 16 Jahre alten Tochter Gertrud fortgesetzt Blutschande begangen haben. Frenzel bestreitet jede Schuld. Weinend erklärt er: "Nichts habe ich mit ihr getan, nichts, meine Herren, alles bloss Klatsch aus dem Pfarrhaus!" Nachdem die ältere Tochter ihre früheren Anschuldigungen zurückgezogen hat, dürfte die Kernfrage des Prozesses werden, wie weit den Bekundungen der 16jährigen Gertrud, die lange Zeit unter dem frömmelnden Einfluss des Bornimer Pfarrhauses gestanden hat, Glauben geschenkt werden darf. Der Angeklagte erzählt, wie seine Tochter gar keinen anderen Gedanken mehr hatte, als zu dem Pfarrer zu gehen. Das Elternhaus habe ihr überhaupt nichts mehr bedeutet. Die 16jährige Gertrud Frenzel selbst, die Hauptbelastungszeugin, wiederholt dagegen vor Gericht ihre schweren Anschuldigungen und erklärt, dass ihr Vater sie schon von ihrem elften Jahre an missbraucht habe. Nur aus Furcht vor dem Angeklagten hätte sie so lange geschwiegen. Auch will sie fest davon überzeugt gewesen sein, dass ihre Mutter von allem gewusst habe. Der Vater erklärt jedoch nochmals: "Es ist alles Lüge, was meine Tochter Gertrud gegen mich vorbringt; alles hat man ihr im Pfarrhause eingeredet!"

+ + +
Aufklärung des Mordes von Ratibor. Die Kriminalpolizei von Ratibor hat festgestellt, dass der Rentner Sedlatzek, dessen blutüberströmte Leiche in einem Strassengraben gefunden wurde, nicht, wie man anfangs angenommen hatte, von dem Brüner Fleischer Pauser, sondern von zwei Brüdern Rsodeczko ermordet worden ist. Sedlatzek sollte demnächst in einem Meineidsprozess gegen die Brüder als Zeuge auftreten.

+ + +
Verhöckerte Zeppelin-Halle. Am Donnerstag vormittag, hat die französische Besatzungsbehörde die grosse Trierer Zeppelin-Luftschiffhalle und den ihr benachbarten grossen Flugzeugschuppen regelrecht verschleudert: beide Hallen gingen für insgesamt 22 800 Francs in die Hände der Mülhausener Schrottfirma Max über. Bis zum 15. Juni müssen die Hallen abgebrochen sein, Schutt und Mauersteine dürfen liegen bleiben....

+ + +
Es wird weniger geschnitten. Ein Diskussionsabend der Berliner "Medizinischen Gesellschaft" belehrte darüber, dass das Messer des Chirurgen allmählich an Bedeutung verliert. Mehr und mehr geht man in Kliniken und Krankenhäusern dazu über, operative Eingriffe durch Hochfrequenzströme in einer Form vorzunehmen, wie man sie bereits seit längerer Zeit in der inneren Medizin benutzt, wenn es sich um die Durchwärmung innerer Organe handelt. Professor Dr. E. Heymann, der Chefarzt der chirurgischen Abteilung des Augusta-Hospitals, berichtete über 250 Operationen, die bei gutem Erfolg mit dem Hochfrequenzverfahren ausgeführt worden sind, ohne dass die Wundränder verbrannt oder in ihrer Ernährung bedroht worden seien. Alle Weichteile würden sich mit Hochfrequenzstrom genau so wie mit dem schärfsten Messer durchschneiden lassen. Immerhin befürworten die deutschen Apparate nach den Ausführungen Professor Heymanns noch einer gewissen technischen Vervollkommnung. Als lästig wäre die Abhängigkeit vom Funktionieren der technischen Anlage zu bezeichnen. Im ganzen wären die Vorteile der Methode jedoch so beträchtlich, dass sie sich wahrscheinlich allgemein durchsetzen würden.

+ + +
Spitzbuben im Landtag. Unbekannte Täter entwendeten aus der Dienstwohnung des preussischen Landtagspräsidenten Bartels ein auf ein Guthaben von 950 Mark lautendes Sparkassenbuch einer Hausangestellten. Ausserdem fielen den Spitzbuben 250 Mark bares Geld in die Finger. Das Guthaben des Sparkassenbuches ist inzwischen abgehoben worden.



Ein Kampfjahr der Textilarbeiter.

Enorme Unterstützungsleistungen des Verbandes.

SPD. Das vergangene Jahr war für die deutsche Textilindustrie kein wirtschaftlich gutes Jahr. Immerhin haben die Textilindustriellen trotz ihres Geschreis über die "katastrophale Krise in der Industrie" auch im Jahre 1929 im grossen und ganzen nicht schlecht abgeschnitten. Die Bilanzen der Textilfirmen lassen das, wie das in den nächsten Tagen erscheinende Jahrbuch des Deutschen Textilarbeiterverbandes ausweist, deutlich erkennen. Die Rentabilität der deutschen Textilindustrie war auch im vergangenen Jahr gut. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat sich deshalb auch nicht abhalten lassen, seinen seit Jahrzehnten energisch geführten Kampf um die Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen in breiter Front fortzuführen und er hat dabei beachtenswerte Erfolge erzielt. Das Jahr 1929 war, wie das Jahrbuch sagt, "bisher in der Geschichte des Deutschen Textilarbeiterverbandes das grösste Kampfjahr".

Der Verband hat nicht nur durch Streiks, die mit Aussperrungen grössten Stils beantwortet wurden, die Lohnabbauversuche der Unternehmer abgewiesen, sondern auch darüber hinaus, gemessen an der wirtschaftlichen Gesamtlage, ganz ansehnliche Lohnaufbesserungen erkämpft. Besonders hart war der Kampf in Schlesien, wo allein rund 50 000 Textilarbeiter 7 Wochen lang gegen ein herrschsüchtiges und profitgieriges Unternehmertum kämpften. Der Plan der schlesischen Unternehmer, die auf höheres Geheiss den ersten grossen Schlag gegen die bestehenden Löhne in der Textilindustrie führen sollten, zerschellte an der Macht der Organisation der Arbeiterschaft.

An Lohn-, Arbeitszeit- und Manteltarifbewegungen wurden vom Deutschen Textilarbeiter-Verband im Jahre 1929 insgesamt 239 geführt, an denen rd. 420 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. 66 Streiks und Aussperrungen waren mit den vom Deutschen Textilarbeiter-Verband geführten Bewegungen verbunden, an denen 787 Betriebe mit 88 038 Personen beteiligt waren und wobei rd. 2 770 000 Arbeitstage verloren gingen. An Lohnerhöhungen wurden für 362 092 Beschäftigte rd. 455 390.— RM pro Woche erzielt. An Arbeitszeitverkürzung wurden für 51 160 Personen pro Woche 139 640 Stunden - das sind für den einzelnen Beteiligten rd. 2 3/4 Stunden - erreicht. Ausserdem wurden für 88 851 Personen sonstige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die sich vor allen Dingen auf die Urlaubsfrage beziehen, erreicht. Abgewehrt wurde ferner durch die im Berichtsjahr geführten Abwehrbewegungen für 2 650 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 7 996,49 RM pro Woche, was auf den einzelnen Beteiligten rd. 3.— RM pro Woche ausmacht.

Die Gesamtzahl der bestehenden Tarifverträge konnte von 151 im Jahre 1928 auf 174 im Jahre 1929 erhöht werden, die sich auf 9 665 Betriebe mit 787 242 Beschäftigten erstreckte. An Streiks und Gemassregelungenunterstützung wurden im Berichtsjahr rd. 3 860 000 RM vom Deutschen Textilarbeiterverband an die Mitglieder ausgezahlt.

Eine glänzende Leistung für seine Mitglieder hat der Deutsche Textilarbeiter-Verband auch durch seine im Jahre 1929 erfolgreiche Prozessführung vollbracht. Die Anzahl der Fälle, in denen auf dem Klagewege den Mitgliedern der Organisation zu ihrem Recht verholfen werden muss, vermehrt sich von Jahr zu

Jahr und ist besonders 1929 ganz bedeutend gestiegen. Es wurden nach dem Bericht der Rechtsabteilung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes insgesamt 1934 Klagen geführt, von denen bis zum Jahresschluss 688 Klagen mit vollem Erfolg und 705 Klagen durch Vergleich beigelegt werden konnten. (Im Jahr 1928 waren insgesamt 131 Klagen geführt worden.) 16 503 Verbandsmitglieder waren an den Klagen unmittelbar beteiligt, für die eine Gesamtsumme von 134853,95RM eingeklagt und sonstige sehr ansehnliche materielle Vorteile anderer Art erreicht werden konnten.

Von der Schlagkraft der Organisation in finanzieller Hinsicht zeugen neben der bereits erwähnten ausgezahlten Summe für Streiks und Gemassregelungenunterstützung auch die Ausgaben für die übrigen Unterstützungsarten des Verbandes und die Ausgaben für Bildungszwecke. Das Jahrbuch besagt hierüber folgendes: Für Bildungszwecke wurden 1929 insgesamt rd. 612 000 RM verausgabt.

An Unterstützung für erwerbslose und kranke Mitglieder zahlte der Deutsche Textilarbeiter-Verband 1929 insgesamt rd. 2 403 000 RM aus. Dazu kommen noch die Ausgaben für die Reise-, Umzugs-, Sterbe- und Notunterstützung, die zusammen 158 000 RM betragen.

Gewaltige Anforderungen wurden also an den Deutschen Textilarbeiter-Verband im Jahre 1929 gestellt. Seine finanziellen Leistungen stellen einen gewerkschaftlichen Rekord dar. Nur engstes Zusammenwirken der umsichtigen Verbandsleitung mit den rührigen Funktionären und den Mitgliedern der Organisation ist es zu danken, dass der Ansturm des fest zusammengeschlossenen Textilunternehmertums abgewehrt und das Wirken des Deutschen Textilarbeiterverbandes für die Textilarbeiterschaft so erfolgreich war.

M. Brandenburg.

SPD. Der Vorstoss des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gegen die Arbeitslosenversicherung zeigt, dass manche Leute doch recht ahnungslos durch die Welt gehen. Tagtäglich mehren sich die Anzeichen, dass die Angestelltenenschaft durch Technisierung, Rationalisierung und rücksichtslosen Abbau der älteren Arbeitskräfte immer mehr in die grosse graue Armee des Arbeiter-Proletariats hineingedrängt wird. Statt aus der Proletarisierung die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, treibt der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband einen wüsten Verbandsegoismus. Er will in der Arbeitslosenversicherung Ersatzkassen für die Angestellten. Er will Risiken, die im Augenblick noch gut sind, aus der Organisation der Arbeitslosenversicherung herausnehmen und ihr nur die schlechten Risiken belassen. Er will Sondervorteile für die Angestellten ergattern, während auf der andern Seite für sie alle Augenblicke die Hilfe der Allgemeinheit gefordert wird. Ein solches Gebaren verrät viel Kurzsichtigkeit.

Bisher hatten die rechtsstehenden Angestellten mit ihren Forderungen auf Schaffung von Ersatzkassen kein Glück. Zum Teil deswegen, weil sie wirklich keinen Grund haben, sich zu beschweren, denn auch in der Reichsanstalt selbst ist die Angestelltenabteilung und die Angestelltenvermittlung erst in der jüngsten Zeit stark abgebaut worden. Die Vermittlung kann nur in organischer Verbindung mit dem gesamten Arbeitsmarkt zweckmässig und erfolgreich durchgeführt werden.

SPD. Grosse Sorgen hat der Präsident des Landesfinanzamtes Berlin. Er hat seinen Arbeitern einen höchst merkwürdigen Verpflichtungsschein vorgelegt. Er bedeutet eine glatte Verletzung des Tarifvertrags. Aber das ist nicht überraschend; denn wer kann von einem Landesfinanzamtpräsidenten Tarifvertragskenntnis erwarten? Die Originalität dieses Verpflichtungsscheins zeigt sich

gleich in der Einleitung. Sie lautet: "Ich bin vorbestraft - unbestraft und versichere, dass zur Zeit kein Gerichtsverfahren gegen mich anhängig ist." Im Text folgen nun einige offensichtliche Tarifverletzungen; dann heisst es weiter: "Ich wurde mit den mir obliegenden Pflichten bekannt gemacht und auf treue und pflichtgemässe Erledigung der mir übertragenen Arbeiten sowie auf unbedingte Verschwiegenheit bezüglich aller mir überwiesenen und mir bei Ausübung meiner Tätigkeit bekanntwerdenden Geschäfte hingewiesen. Auch wurde ich ermahnt, gegen jedermann - gleichviel ob Beamte, Angestellte oder Steuerpflichtige pp. - stets höflich und zuvorkommend zu sein. (Bei Reinemache=
frauen zu streichen)."

Das ist allerliebste! Anscheinend erwartet der Präsident von den Reinemache= frauen, dass sie diese Verpflichtungsscheine zwar sehr höflich, aber ebenso kräftig zum Landesfinanzamt hinausfegen.

SPD. Die Betriebsrätewahlen im rheinischen Braunkohlenrevier brachten folgendes Ergebnis: Freie Gewerkschaften 6369 Stimmen (131 Sitze), Christen 4135 (91), Kommunisten 787 (11), Gelbe 121 (2), Unorganisierte 113 (1).

SPD. Der Präsident des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland hat angeordnet, die Arbeitslosen im Alter von 21 bis 30 Jahren, die nicht überwiegend Ernährer von Familien sind, vom Bezug der Krisenunterstützung auszuschliessen. Dagegen muss schärfster Protest erhoben werden. Ausgerechnet in einem Augenblick, wo die Erweiterung der Krisenfürsorge ganz allgemein als dringende Notwendigkeit auch vom Vorstand der Reichsanstalt anerkannt worden ist, will man in Mitteldeutschland dazu übergehen, grosse Gruppen von Arbeitslosen rücksichtslos vom Bezug der Krisenunterstützung ausschliessen. Der Erlass des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland ist mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht zu vereinbaren, da er eine besondere Form der Bedürftigkeitsprüfung festlegt, die über die gesetzliche Regelung der Bedürftigkeitsprüfung weit hinausgeht. Es ist anzunehmen, dass der Reichsarbeitsminister eine Aufhebung des Erlasses anordnen wird.

SPD. Die Lage auf dem Baumarkt ist katastrophal. Vorschläge zur Besserung der Situation gibt es in Hülle und Fülle. Der Reichswirtschaftsrat hat z.B. eine ganze Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet. Sie decken sich im wesentlichen mit den von den freien Gewerkschaften schon früher empfohlenen Hilfsmassnahmen zur Belebung des Baumarktes. Leider bedeuten die Ratschläge des Reichswirtschaftsrates im Augenblick nicht viel mehr als eine schöne Geste. Sie lassen sich nicht im Handumdrehen verwirklichen. Für ihre Durchführung wäre vor allem ein stabiler politischer Kurs Voraussetzung. Dass die jetzige Reichsregierung sich ernsthaft für die Durchführung der RWR-Vorschläge zur Belebung des Baumarktes, die in einer ganz anderen politischen Situation beschlossen wurden, einsetzen wird, muss man bezweifeln.



Agrarkrise und Rationalisierung.

SPD. Die Agrarpolitik der letzten Jahre hat sich in der Hauptsache mit Zollmassnahmen und sonstigen Versuchen, die landwirtschaftlichen Preise zu regulieren, ferner in ungeheuren Subventionen für die Landwirtschaft erschöpft. Welches Ausmass diese Subventionen erreicht haben, zeigen wenige Zahlen.

Die direkten Reichsaufwendungen haben im Durchschnitt der Jahre 1925/29 jährlich 87 Millionen Mark betragen. Dazu kommen weit mehr als 100 Millionen Mark der Ostpreussenhilfsmassnahmen, ferner Kreditbürgschaften und Reichskredite (dies sich teilweise infolge missbräuchlicher Verwendung in Zuschüsse verwandelt haben) in Höhe von je 100 Millionen Mark. Durch die bisherige Organisation der Branntweinwirtschaft fliessen der Landwirtschaft jährlich rund 60 bis 80 Millionen Mark zu. Die Länderzuschüsse für landwirtschaftliche Zwecke haben in den letzten Jahren rund 200 bis 300 Millionen Mark betragen. Ein sehr grosser Teil dieser Gesamtzuschüsse ist als reine Subvention anzusehen. Noch mehr trifft dies für die Agrarzölle zu, die sich gegenwärtig schätzungsweise in einer Verteuerung der inländischen Agrarerzeugnisse gegenüber den Weltmarktpreisen um weit mehr als 1 Milliarde Mark auszuwirken.

Das Reich, der Staat und die gesamte deutsche Bevölkerung bringen also jährlich zugunsten der deutschen Landwirtschaft ungeheure Opfer, mit dem Erfolg dass das Notgeschrei in der Landwirtschaft immer lauter wird, dass ständig neue Zölle und Subventionen verlangt und auch bewilligt werden, dass sich die Lage in einem Teil der deutschen Landwirtschaft trotzdem in den letzten Jahren verschlechterte und dass Teile der ostdeutschen Landwirtschaft, die die nach der Inflation dringlich gewordene Rationalisierung versäumten, dem Zusammenbruch zutreiben. Das gilt besonders für die landwirtschaftlichen Grossbetriebe. Im Jahre 1928 entfielen auf 10 000 Kleinbauernbetriebe 2,6 Zwangsvollstreckungen, auf die Mittelbauernbetriebe 5, auf die Grossbauernbetriebe, immer bei 10 000 Betrieben, 14,1 und auf die Grossbetriebe 67,6. Jeder Pfennig, der bei dem kommenden Ostprogramm wieder in das Subventionsfass ohne Boden für Besitzerhaltung dieser Betriebe ausgeworfen wird, ist verloren.

So ernst die ostelbische Agrarkrise ist, ist sie doch für die Gesamtwirtschaft von ganz untergeordneter Bedeutung; denn in der deutschen Gesamtwirtschaft ausserhalb der Krisengebiete kann von einer Ueberschuldungs- oder Zusammenbruchgefahr keine Rede sein; es lässt sich vielmehr eine nicht unwesentliche Besserung der Lage feststellen. So hat die Verschuldungszunahme so gut wie ganz aufgehört. Die Spareinlagen bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften haben dagegen ausserordentlich stark zugenommen und einen wesentlich höheren Prozentsatz der Vorkriegseinlagen erreicht als bei den städtischen Sparkassen. Auch aus den Produktionsmittelkäufen der Landwirtschaft lässt sich auf eine Besserung der Lage schliessen.

Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass die Kaufkraft der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege nicht entsprechend der Geldentwertung gestiegen ist. Mit diesem Problem beschäftigt sich der sozialistische Agrartheoretiker Dr. Hans Wilbrandt in einer im Verlag Paul Parey-Berlin erschienenen Schrift "Agrarkrise und Rationalisierung". (Das Buch kostet im Buchhandel 4 Mark, die Bezirkssekretariate und die Agrarpolitische Zentrale beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, Berlin, Lindenstr. 3 geben es für Parteimitglieder zum

Vorzugspreis von 0,80 Mark ab.) Wilbrandt verweist auf den Zusammenhang zwischen Agrarkrise und Industriekrise und betont, dass der Absatz der Industrie und der Arbeitsmarkt für die Industriearbeiterschaft gebessert werden könnte, wenn man das Realeinkommen der Landwirtschaft vergrösserte. Das gelte allerdings nur dann, wenn die Einkommenssteigerung der Landwirtschaft nicht durch Zölle und Subventionen erreicht wird, weil eine solche Kaufkraftsteigerung eine Belastung der Verbraucherschaft und damit eine ebenso starke Senkung der städtischen Kaufkraft nach sich zieht. Günstig und befruchtend für die Gesamtwirtschaft kann eine landwirtschaftliche Einkommens- und Kaufkraftsteigerung nur sein, soweit sie durch Verbesserung und Verbilligung des Absatzes und noch mehr der Produktion, also durch echte Rationalisierung bewirkt wird.

Es ist das besondere Verdienst Wilbrandts, dass er die in der deutschen Landwirtschaft liegenden ungeheuren Rationalisierungsreserven einzeln aufzeigt und Vorschläge zu einer schnellen Rationalisierung, besonders in der Milch-, Eier- und Schweineerzeugung macht. So lässt sich schätzungsweise durch verbesserte und vermehrte Düngung der Feldertrag um rund 1 Milliarde steigern und verbilligen. Durch mangelhafte Schädlingsbekämpfung entstehen jährlich Verluste im Wert von 1½ Milliarden Mark, die grösstenteils vermieden werden könnten. Infolge mangelhafter Stallmistbehandlung geht jährlich für ca. 350 Millionen Mark Stickstoff verloren. Noch grösser sind die Rationalisierungsreserven in der Milchwirtschaft. Eine Steigerung der Milchleistung pro Kuh, die in Deutschland nur rund 2 000 Liter durchschnittlich beträgt, auf 3 000 Liter, würde zu einer Senkung der Milcherzeugungskosten um rund 1 Milliarde führen. Durch verbesserte Eierzeugung kann das landwirtschaftliche Einkommen um rund 300 Millionen Mark gesteigert werden. In der Schweinehaltung lassen sich durch bessere Fütterung 300 bis 500 Millionen Mark ersparen.

Diese wenigen, durch sorgfältige Untersuchung gefundenen Zahlen zeigen die ungeheure Verschwendung, die in der Landwirtschaft noch betrieben wird. Zur Ausschöpfung dieser Rationalisierungsreserven ist bisher von der deutschen Agrarpolitik so gut wie nichts unternommen worden; die einseitige Zoll- und Subventionspolitik muss sogar als direkte Prämie für die Erhaltung rückständiger und zu teurer Produktionsmethoden wirken. Wenn Wilbrandt die deutsche Agrarpolitik als systemloses Flickwerk bezeichnet, so ist das sicherlich kein zu hartes Urteil.

Die städtische Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, hat das grösste Interesse an einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Lage, aber nur, soweit diese durch Rationalisierung, nicht durch Subventionen und Geschenke erreicht wird. Nur durch Verbesserung der Produktion lässt sich eine Hebung des landwirtschaftlichen Einkommens ohne Belastung der übrigen Bevölkerung erreichen. Das wichtigste Ziel der Agrarpolitik liegt daher in einer Ausschöpfung der Rationalisierungsreserven, die in verhältnismässig kurzer Zeit erreicht werden kann.

SPD. Der deutsche Aussenhandel im Monat April schliesst, wie der im März und Februar, mit einem Ausfuhrüberschuss ab. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr wird mit 888,2 Millionen Mark angegeben, die Ausfuhr mit 976,7 Millionen Mark. So errechnet sich ein Ausfuhrüberschuss von 88,5 Millionen Mark gegenüber 220 Millionen Mark im Monat März und 44 Millionen Mark im Monat Februar. Eine Übersicht über die Entwicklung gibt folgende Zusammenstellung:

	<u>April 1930</u>	<u>April 1929</u>	<u>Monatsdurchschnitt 1929</u>
	(in Millionen Mark)		
Einfuhr	888,2	1255,3	1120,6
Lebensmitteleinfuhr	241,6	350,8	318,6
Rohstoffeinfuhr	479,6	691,8	600,4

Fertigwareneinfuhr	158,5	200,2	189,1
Ausfuhr	976,7	1226,9	1123,6
Fertigwarenausfuhr	734,4	876,3	819,4.

Die Bilanz wird durch Verminderung des Exports charakterisiert und zwar weisen der Gesamtexport und der wichtige Fertigwarenexport Rückgänge auf, die zu denken geben. In den Gesamtexportziffern stecken für 50,8 Millionen Mark Reparationsaufträge (im Vormonat 61,2 Millionen Mark). An dem Rückgang der Fertigwarenausfuhr sind so ziemlich alle Industrien beteiligt, vornehmlich aber Textilien, Walzwerkserzeugnisse, Maschinen und Eisenwaren, Zugewonnen hat die Ausfuhr von Kali und Chlorkalzium. Auch die Rohstoffeinfuhr liegt weit unter dem Vorjahrsstand und unter dem Vorjahrsdurchschnitt. Die Lebensmitteleinfuhr zeigt gegenüber dem Vormonat eine Steigerung, die auf vermehrte Einfuhr von Weizen und Eiern zurückzuführen ist.

SPD. Die grösste deutsche Bausparkasse, die Gemeinschaft der Freunde in Wüstenrot, die vor einigen Wochen Anschluss an Zentrumsorganisationen gesucht und gefunden hat, veröffentlicht ihren Abschluss für das Jahr 1929, aus dem hervorgeht, dass im verflorenen Jahr rund 13450 Bausparer mit 200 Millionen Mark Bausparsumme neu gewonnen werden konnten. Der Zugang hat sich also gegenüber dem Vorjahr verlangsamt; 1928 betrug er 15 575 mit einer Bausparsumme von 225 Millionen Mark. Der Gesamtbestand machte Ende 1929 = 55325 Bausparer mit 814 Millionen Bausparsumme aus gegenüber 45 232 Bausparern mit 661 Millionen Mark Bausparsumme Ende 1928. Die durchschnittliche Bausparsumme beträgt 14 700 Mark Ausser den vertraglich festgesetzten Leistungen gewährte das Institut diesesmal auch Zwischenkredite in Höhe von 4 Millionen Mark. Die Ausführungen im Geschäftsbericht geben für die Gewährung dieser Zwischenkredite keine ausreichende Begründung. Es wird nur gesagt, dass es sich hier um Kredite für solche Bausparer handelt, "deren Zuteilung in absehbarer Zeit gesichert erscheint".

Die flüssigen Mittel sind von 20 auf 22,3 Millionen Mark gestiegen. Vereinnahmt wurden aus Zinsen, Hypothekendarlehen und angelegten Geldern rund 5,69 Millionen Mark, und aus Verwaltungskostenbeiträgen rund 800 000 Mark. Nach Abzug der allgemeinen Verwaltungskosten in Höhe von 1,35 Millionen Mark, Abschreibungen von 268 000 Mark usw. verbleibt ein Ueberschuss von 867 500 Mark. Die Rücklagen belaufen sich auf 5,37 Millionen Mark.

In dem Bericht wird über die Abmachungen mit den Zentralorganisationen nichts erwähnt und nur festgestellt, dass die Gemeinschaft der Freunde weitgehenden Einfluss auf die Bayerische Bausparkasse in München genommen habe.

SPD. Die Verwaltung der Firma Gebrüder Sollwerk A.G. in Köln bestätigt, dass Verhandlungen mit der Schichtgruppe (Margarinetrust) wegen der Uebernahme der Reichardtwerke in Hamburg stattfinden. Sollten die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen, so würde dadurch die Selbständigkeit der Gebrüder Sollwerk A.G. in keiner Weise berührt. Die Führung würde bei Sollwerk verbleiben.

SPD. Das zu den Sächsischen Werken gehörende Elektrizitätswerk Riesa A.G. konnte im Jahre 1929 seine Stromabgabe auf 1,645 Millionen Kilowattstunden steigern gegenüber 1,561 Millionen im Jahre 1928. Der Reingewinn macht 75 Millionen Mark aus. Die Dividende ist auf 7 % festgesetzt worden.

Verstärkte Stützung.

(Berliner Getreidebörse vom 15. Mai.)

SPD. Am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktebörse konnte am Donnerstag infolge stärkerer Stützungskäufe die Roggennotierung sich übermalls um 1 - 2 Mark befestigen. Effektiver Roggen war in geringerem Umfange angeboten und fand zu unveränderten Preisen Aufnahme. Weizen zeigte am Zeitmarkte nur wenig Veränderungen. Prompte Ware war knapp angeboten, da die Provinzmühlen gute Kauflust zeigen und die gleichen Preise wie Berlin zahlen. Am Mehlmarkte war wenig Bewegung. Roggen- und Weizenmehl hatten bei unveränderten Preisen kleines Bedarfsgeschäft. Auch der Hafermarkt verkehrte in sehr ruhiger Haltung

	14. Mai	15. Mai
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	282 - 284	282 - 284
Roggen	160 - 168	162 - 170
Braugerste	190 - 202	190 - 202
Futter- und Industriergerste	172 - 185	172 - 185
Hafer	151 - 160	151 - 160
Loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	31,25 - 39,75	31,25 - 39,75
Roggenmehl	23,00 - 25,75	23,00 - 25,75
Weizenkleie	9,00 - 9,50	9,00 - 9,50
Roggenkleie	9,25 - 10,00	9,25 - 10,00.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 294 Brief (Vortag 294), Juli 297½ - 298 (298), September 267½ (266½). Roggen Mai 176 - 177 (175) Juli 183 (181½), September 183 - 183½ Geld (182). Hafer Juli 169½ (170), September 170 (170).

Amliche Eiernotierungen.

(15. Mai.)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-
eier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 Gramm 11½, 60 gr 10½,
53 gr 9½, 48 gr 8½, frische Eier über 60 gr 9½, 53 gr 9, aussortierte kleine
und Schmutzeier 7 - 7½. Auslandseier: Dänen 18er 11½, 17er 10½, Holländer 68
gr 11½, 60 - 62 gr 10½ - 11½, leichtere 9½, Belgier 57 - 58 gr 10, Litauer
grosse 9½, normale 8, Rumänen 8½, Ungarn 8½ - 9, Russen grosse 8½, normale 8½,
Polen normale 8, kleine, Mittel- und Schmutzeier 7 - 7½. In- und ausländische
Kühlhauseier: Chinesen und ähnliche 6 - 6½. Witterung: Veränderlich, Tendenz:
ruhig.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission
vom 15. Mai: I. 126 Mark, II. 113 Mark, III. 97 Mark je Zentner. Tendenz: stetig.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 15. Mai 1930

Piraten im Eismeer.^x

SPD. Während des vorigen Sommers verschwanden mehrere sowjetrussische, norwegische und finnländische Fischdampfer im Weissen Meer, ohne dass man irgendwelche Anhaltspunkte dafür gehabt hätte, was aus ihnen geworden war. Man stand einfach vor einem Rätsel. Dass alle die Dampfer Schiffbruch erlitten hätten, war kaum anzunehmen. Die unwahrscheinlichsten Gerüchte zirkulierten unter der primitiven Küstenbevölkerung. Legenden bildeten sich unaufhörlich. Niemand glaubte an eine logische Erklärung. Da wurde plötzlich der Schleier des Geheimnisses von einem finnländischen Fischdampfer durch einen reinen Zufall gelüftet. Das Schiff wurde von Seeräubern überfallen und konnte sich nur mit Mühe vor den Piraten retten.

Was ergab sich? Mitten im Weissen Meere liegt die Inselgruppe Solowetskiie, deren Oberfläche kaum 230 Quadratkilometer ausmacht. Ein durch seine Architektur berühmtes Kloster war auf einer der grössten dieser Inseln vor 500 Jahren erbaut worden. Im Anfang des 19. Jahrhunderts wurde die Insel ein Wahlfahrtsort von grosser Bedeutung. Da entschloss sich eines Tages die Regierung des Zaren, auf der Insel eine Verbrecherkolonie anzusiedeln. Die Mönche protestierten gegen diese Massnahme. Dennoch wurde die zaristische Anordnung aufrechterhalten. Zahlreiche Verbrecher wurden auf die Insel deportiert. Ihre Beschäftigung bestand darin, Holz unter der Aufsicht ihrer Wächter zu fällen und Blockhäuser zu bauen. Bald wurde die Verbrecherkolonie so stark, dass die Mönche sich bedroht fühlten und auf den Kontinent auswanderten. Sie gaben das Kloster auf und nahmen selbstverständlich die unendlich grossen Reichtümer, die sie angesammelt hatten, mit nach dem russischen Festland hinüber. Zweimal monatlich kam ein Dampfer, um den Sträflingen die notwendige Nahrung zu bringen und das gefällte Holz zu verladen. Das dauerte fast hundert Jahre lang. Die Zeitrechnung wurde auf der Insel nach Dampferfahrten bestimmt.

So war der Verkehr der Strafkolonie mit dem Kontinent geregelt, bis die bolschewistische Revolution ausbrach. In diesem Augenblick hatte man andere Sorgen, als sich mit den Deportierten auf Solowetskiie zu beschäftigen. Das erwartete Schiff blieb eines schönen Tages aus. Die Sträflinge und die Wächter mussten sich notgedrungen selber Nahrung beschaffen. Der Zwang der Verhältnisse liess sie gemeinsame Sache machen. Die Jagd und der Fischfang waren ihre einzige Nahrungsquelle. Jahre vergingen. Man hörte nichts mehr von den Verbrechern, selbst dann nicht, als die Sowjetmachthaber ihre politischen Gefangenen auf eine ebenfalls zur Solowetskiie-Gruppe gehörige Insel deportierten. Was war aus ihnen geworden? Lebten sie noch immer?

Die Sowjetregierung schickte im vergangenen Sommer einen Eisbrecher und ein Patrouillenschiff in das Weisse Meer. Dabei ergab sich die höchst überraschende Feststellung: Seeräuber hatten die verschwundenen Schiffe gekapert. Ihren Schlupfwinkel hatten sie auf den kleineren, zerklüfteten Inseln der Solowetskiie-Gruppe. Die zaristischen Strafgefangenen und ihre Wärter lebten wirklich immer noch. Die ersten Fischdampfer waren von selbst angefertigten Boten aus angegriffen worden. Wer konnte auch ahnen, welche Absichten die Insassen der kleinen, schwachen Barken hatten! An Bord genommen, überwältigten sie die Besatzung und führten das Schiff in ihre Piratenfestung. Als sie die ersten Schiffe mit Erfolg an sich gebracht hatten, wuchs ihr Mut. Sie wagten sich

weiter hinaus ins Meer und griffen grösserer Dampfer an, bis sie schliesslich dem Finnländer auf den Leim gingen.

Im vergangenen Jahre hatte die Aktion der Sowjets reichlich spät begonnen, sodass das Weisse Meer nicht so gründlich gesäubert werden konnte, wie es notwendig war. Die grösste Anzahl der Seeräuber befindet sich noch immer auf freiem Fusse. Gegenwärtig wird nun im Hafen von Archangelsk eine bewaffnete Expedition zusammengestellt, die, sobald das Weisse Meer wieder eisfrei geworden ist, die Inselgruppe systematisch durchsuchen und die Piraten in ihren Schlupfwinkeln aufsuchen wird. Man versichert, dass ausser 300 Sträflingen und Wächtern sich noch 200 gefangene Seeleute auf der Insel befinden.

Bert Bach.

Sprung in den Erfolg.^x

SPD. Der Direktor zeigte im fetten Gesichte befriedigtes Grinsen. "Also, als erstes die Nummer mit den Kartoffeln. Statt roher empfehle ich Ihnen gekochte zu nehmen, da sich diese leichter auf die Gabel spiessen lassen und schneller weggenommen werden können." Herr Direktor freute sich über seinen fachmännischen Einfall. Der Artist nickte; langes, schwarzes Haar fiel ihm (Zeichen bewusster Genialität) breit über die Schläfe....

Bis zum Abend hatten grellbunte Plakate mit verheissenden Worten eine dichtgescharte Zuschauermenge angelockt. Aus den abgespannten Gesichtern lauerte Hunger nach festlicher Sensation.

Die Vorstellung wurde eingeleitet durch ein schauerlich süsses Konzert des dudelnden, jammernden und kreischenden Jazzorchesters. Gerade fielen die beiden Trompeten mit hellen Schreien ein - da öffnete sich der Vorhang. In der Mitte der Bühne hüpfte der Clown umher mit langen Beinen und kurzem Oberkörper wie ein toll gewordenes Känguruh. Nach einer Weile rannte er nach dem Bühneneingang. Seine geschweiften Frackschösse flatterten wie seltsam geformte, buntscheckige Standarten. Mit würdevoller Grandezza komplimentierte er den Artisten herein.

Der Künstler trat ruhig und selbstbewusst auf, begrüßte das Publikum mit vollendeter Verbeugung. Dann warf er mit der linken Hand seine Kunstrequisiten (gut gedünstet) blitzschnell hintereinander in die Höhe, während seine rechte - reagierend auf leisesten Impuls - mit der Gabel drohte. Die erste Kartoffel landete sicher und elegant. Doch hier - keiner der Fachleute hatte mit der veränderten Stabilität gerechnet - zerstieß sie gegen alle Erwartung. Ein Teil pflanzte sich mit Vehemenz auf den Nasenrücken des Jongleurs, eine weitere Zerkrümelung erfolgte mit rapider Schnelligkeit. Der in die Augen getroffene Geschwindigkeitsathlet stand noch versteinert; am hilflos gezückten Fanggerät zitterte ein kümmerlicher weisser Flocken.... da sausten, tack, tack, tack, die übrigen Geschosse herab und zerplatzten auf der einladend gereckten Stirn mit fabelhafter Präzision.

In der laut aufbrüllenden Heiterkeit rettete der Clown (geschulte Geistesgegenwart) die verunglückte Situation. Mit gut markiertem gierigem Geheul stürzte er sich auf die improvisiert servierte Mahlzeit, fingerte eilig nach den zerstreuten Brocken, schlang unter schmatzendem Geräusch. Das Publikum johlte begeistert. Der verstummte Musikkörper setzte wieder ein. Hinter den Kulissen warf der kreidebleiche Zaubermeister dem verstörten Direktor ein "Rindvieh" an den Kopf.

Die zweite Nummer, eingeübt in jahrelangem Training, gab willkommene Gelegenheit, das blamierte Renommee erneut zu befestigen. Wieder schritt der Artist herein, diesmal weniger selbstbewusst. Das Orchester empfing ihn mit süssen Pfeifen und rührendem Quaken. Die freundliche Zuneigung der Menge äusserte sich

in wieherndem Gelächter. Inzwischen hatte der erfolgreiche Zirkusheld sein Handwerkszeug, biegsame Stahlreifen, hergerichtet, indem er die kleinen, an der Innenseite in gleichen Abständen angeordneten Pechbehälter entzündete. Er ergriff die Flammenkränze, und, von geschickter Hand geschleudert, führten sie der schäulüsternden Menge einen Reigentanz von kreisenden Feuerrädern vor. Die geschickte Hand leierte - ein schwungvoller Ballettmeister - mit schleunigen Griffen. Aber erregt von vorausgegangenem Missgeschick, übertragen als schwere Hemmung im Unterbewusstsein, zögerte sie den minimalsten Bruchteil einer Sekunde, fasste heftig eins der brennenden Gefässe. Der Schmerz riss sie zurück; die leuchtenden Kreisel, um ihren dirigierenden Antrieb gebracht, sausten - einer haarscharf über den Kopf des Akteurs hinweg - in die Manege.

Grossartige Panik, lautloser Schrecken, ein überschnappender Schrei aus weiblicher, naiver Zuschauerkehle: "Herr Künstler, Ihre Locken brennen!" Der Direktor, ungeahnte Behendigkeit im dicken Leib, stürzte mit rettendem Wasser-schlauch aus der Seitenkulisse. Zischend spritzte, sonst für widerspenstige Löwen bestimmt, der löschende Strahl.

Da... aus einer Ecke... ein verirrter, noch schwelender Stahlreif... huschende blaue Flämmchen über einem Stapel seltsamer Gegenstände... und... plötzlich entlud sich ein Brillantfeuerwerk, das allerdings erst für den Schluss der Vorstellung bestimmt und angekündigt war, und gab der scheinbar wirklich verunglückten Szene einen grandiosen, würdigen Abschluss. Konzentrierte Überraschung befreite sich in erstaunten Ausrufen; Beifall prasselte unaufhörlich und verstummte erst, als das letzte Feuerwerkskörperchen sprühend verzichtete.

Das Programm näherte sich nun dem Ende. Während der gepeinigte Direktor bänderingend an der Aufgangstreppe zur Bühne kniete, als flehte er um ungestörten Verlauf, gab der Vorhang den Blick auf das gespannte Seil frei. Unter dröhnenden Paukenschlägen und rhythmischen Instrumentenlärm, den aufmunternden Rufen der Zuschauer, stieg der unglückliche Artist die Strickleiter empor. Verzerrtes Lächeln im Gesicht betrat er die schmale Bahn und vollführte schreitend, drehend und hüpfend, wahre Bravourstücke seiltänzerischer Geschmeidigkeit.

Hunderte von Augenpaaren verfolgten gespannt jede Bewegung, harrten dabei auf witzigen Endeffekt.

Der schwankende Luftweg endete an der Orchesterbalustrade, gerade bei der grossen Trommel. Totenstille lag über der Arena. Selbst die Kapelle war von der hoffenden, schwingenden Unruhe mitgerissen. Nur ein Schritt noch. Schonmalte sich Enttäuschung in erregten Mienen. Der Künstler atmete auf... zurückgekehrtes Selbstbewusstsein verwirrte - als Einlage eine besonders zierliche Kniebeuge - das haltende Bein glitt aus, der nachdrückende Körper sauste - ein dumpfer, donnernder Schlag - mit den Füßen voran durch doppelt gespannten Trommelfellboden, stand unbeschädigt, um den Leib die im Gestell schaukelnde horizontale Trommelwalze.

Ein ohrenbetäubender Lärm brach los wie eine Sturzflut. Verzückte Bravos tobten in der ausgeschrienen, heiseren Begeisterung. Zwei handfeste Musiker liefen auf den innigen Komplex von zerfetztem Kalbsfell, zappelndem Lebewesen und metallenen Gestänge zu, um ihn fortzuschleppen. Bei jedem der Unsichtbarkeit zustrebenden Schritte klappte der Eingezwängte nach vorn und dankte so dem Publikum mit tiefer Verbeugung.

In der Garderobe schlüpfte die gescheiterte Künstlerexistenz, ohne den übergelücklichen Direktor zu beachten, in die Bürgerkleidung - eine Beute schmerzender Gefühle. Wie gehetzt rannte sie durch die verödeten Strassen und gelangte schweisstriefend nach der dürftigen Wohnung. Hier empfing den Flüchtigen eine heulende Kohorte von Managern und Agenten, Zeugen seines phänomenalen Erfolges, die gefüllte Häuser witterten. Verzweifelt um sich schlagend bahnte sich der Ankömmling eine Gasse durch seine Bewunderer. Erschöpft warf er sich aufs Bett und fiel in tiefe Ohnmacht. Hochwertige, mit Visitenkarten behaftete Banknoten, Vorschuss auf Engagementsverpflichtungen, häuften sich über

dem Bewusstlosen.

Am andern Morgen erwachte er, sah verduzt die Bescherung. Allmählich begann er sich zu erinnern. Langsam fuhr er sich über die leergebrannte Haarstelle, befühlte ungläubig die Geldscheine und überlas die Angebote. Mit einem Male kam ihm eine gewaltige Idee. Höhnisch lächelnd trennte er Wertvolles von Wertlosem, steckte das Vermögen sorgfältig in die Tasche. Hierauf verliess er, ohne einen Blick zurückzuwerfen, das Zimmer. Ein Auto brachte ihn nach dem Flugplatz.

Drei Stunden später machte der Pilot seinen gemütlich lächelnden Fahrgast darauf aufmerksam, dass man soeben die Grenze passiere.

Rudolf Schnitt-Sulzthal.

Die Nacht der tausend Laternen.*

SPD. In manchen Sommernächten liegt das Licht des Mondes weicher und weisser als sonst auf den Giebeln und Türmen der Stadt. Die Dunkelheit hat den blauen Sternenhimmel ausgespannt, und an den steinernen Wänden der Strasse rinnt die Lautlosigkeit der nächtlichen Stunde wie weisser Schaum der Wellen. An solchen Abenden, die die Vorstadt schenkt, kommt das Gewirr fremder Lärme aus belebteren Stadtteilen nur wie eine verklungene Sage an dein Ohr. Und dich ergreift die Sehnsucht, im weissen Lichte des Mondes emporzutauchen und Stirn, Kopf, Haar und Schultern rein zu waschen in seinem klaren Quell. Wie mit tausend Laternen ist die Nacht besteckt. Die Weihe der ewigen Versunkenheit hängt über deinem Scheitel, dein Herz wird gross, deine Augen werden klarsichtig, deine Wünsche ehrfurchtsvoll und deine Schritte leiser und besonnen.

Das ist die Nacht der tausend Laternen. Und also künden die Weisen des Ostens und die tauistischen Priester in ihren Büchern und Schriften:

Am 15. Tage des achten Monats sollt ihr das grosse Licht, das die Nacht regiert, anbeten. Tamtams und Gongs mögen das Nahen der Lichtspenderin künden. Denn in dieser Nacht regiert der grosse weibliche Stern Jö Liang die Zinne der Welt.

Das Laternenfest, wie die Fremden das chinesische Fest der Mondgöttin nennen, ruft Alt und Jung auf die Dächer der Häuser. Brennender Weihrauch wirbelt empor, auf den Altären werden Geflügel, Schweinefleisch und Kuchen als Opfer dargebracht. Von den Giebeln der Häuser hängen an langen Stangen Laternen herab, und Fahnen mit allerlei Inschriften und Sprüchen der Weisen wehen im lauen Winde der Nacht. Auf den Müssen erglänzen Boote und schiffe festlich beleuchtet und Mondkuchen mit altüberlieferten Sinnsprüchen erfreuen mit ihrem Zuckerguss den Gaumen. Vor den drei Meter hohen Pagoden, die mit Brennholz angefüllt sind, bewegen sich Priester, die Salpeter ins Feuer werfen und mit einem grossen Fächer die Flammen anfachen. Nachahmungen von Gold- und Silberbarren aus Papier werden der Mondgöttin als Opfer dargebracht.

Das ist die Nacht der tausend Laternen... Du aber, du armer, in die Mauer deiner Behausung eingesponnener Sohn der Grosstadt, du ahnst so wenig von der Grösse einer blauen Sommernacht. Deine Sehnsucht möchte manchmal, wenn der Abend auch in deine Strasse herniedersinkt, ihre Flügel breiten - aber nur wenige Augenblicke und freie Atemzüge sind ihr gegönnt. Schon blitzt eine elektrische Boglampe über deinem Kopfe auf, und der kleine Schein des irdischen Lichtes verdunkelt den Blick in ein helles Leuchten über der Welt und stiehlt dir den Anblick des grossen Lichtes, das die Nacht regiert.

+ + +
Einst ging, so erzählt die schöne Sage des Ostens, der chinesische Kaiser Ming Wong mit seinem Priester in den Gärten seines Palastes spazieren. Es war am 15. Tage des achten Monats seines ersten Regierungsjahres. Der Kaiser, der sich mit Vorliebe dem Studium der Astrologie hingab, fragte seinen Begleiter,

ob er nicht wisse, aus welchem Stoffe der Mond bestehe. "Kaiserlicher Herr", erwiderte der Priester, "lasst Eure Huld befehlen, dass ich Euch den Weg zum Monde führe, damit Ihr mit Euren erhabenen Augen den Stoff seines Wesens prüft". - "Wohlan", sagte der Kaiser, und der Priester warf seinen Stab in die Luft. Der Stab verwandelte sich alsbald in eine Brücke, und Kaiser und Priester überschritten sie. So betraten sie das Festland des Mondes. Und nun erblickte ihr sterbliches Auge ein von herrlichen Blumen erfülltes Land, das von grossen Palästen überragt war, und auf dessen Gartenwegen schöne Damen wandelten. Der Priester bat den Kaiser, das Saiteninstrument, das er bei sich trug, zu stimmen und seine Töne erklingen zu lassen. Der Kaiser willfahrte diesem Wunsche, und als die Musik die Nacht durchzog, da glaubten die Einwohner von Nanking und seiner Umgebung, dass frohlockende Engel den Himmelsraum durchschritten. Der Kaiser sah von oben im Scheine des Mondes, wie seine Untertanen auf die Dächer ihrer Häuser eilten, um den überirdischen Wanderern zu huldigen. Er griff in seinen Ärmel und streute eine Menge Kupfermünzen auf die Frommen herab. So geschah es in der Nacht des Mondfestes. Am nächsten Tage jedoch, als er in seinem Palaste zu Nanking wieder erwachte, da war es Ming Wong, als hätte er nur einen lebhaften Traum gehabt. Er wollte den Priester rufen, um ihm sein nächtliches Gesicht mitzuteilen. Da meldete sich der General-Gouverneur von Nanking und überreichte ihm mit tiefen Bücklingen einen Bericht, in dem die Wunder geschildert waren, die sich in der Nacht zugetragen hatten: in der Luft habe sich himmlische Musik vernehmen lassen, und es habe Kupfermünzen geregnet. Der Kaiser war nun überzeugt, dass er auf dem Monde gewesen sei, und das Volk feiert seither alljährlich den Tag der wunderbaren Reise Ming Wongs.

+ + +

Die Hellsichtigkeit der Sommernacht und die tausend Sternenlaternen sprühen vor meinem Augewährend mein Kahn durch den mondbeschiedenen Fluss treibt. Alles, was mich so lange beengte, ist versunken zwischen Schilf und Flut, denen ich mich anvertraut habe. Ich habe die Ruder stillgelegt. Vom schwarzen Ufer herüber schimmert das Zelt, in dem meine Ferienkameraden mich erwarten... Ihr fremden Völker des Ostens, schaut den Glanz meines Heimatflusses in dieser Nacht! Und auch dir, mein Bruder in der Grosstadt, wünsche ich, dass du einmal den Nachtturm eines leuchtenden Flusses unter der Weite des freien Sommerhimmels erleben mögest. Vielleicht hörst dann auch du das Klingen himmlischer Musik in den Lüften, und es begegnet dir, so wie mir in meinem Kahn, das Gesicht des grossen weiblichen Sternes Jö Liang und des Kaisers Ming Wong, der ihn besungen hat!... vielleicht!... Sahst du heute den Mond?

Walter Meckauer.

Der Herr Sekretär.^x

SPD. Fritz Müller ist fünfzehn Jahre alt. - Letzte Ostern ist er aus der Schule gekommen. Was er lernen wollte, hat man ihn nicht gefragt. "Du gehst als Nietenkammer auf die Werft!" Mit diesen Worten hatte seine Mutter entschieden.

Fritz geht also jeden Morgen in aller Frühe auf die Arbeit. Am Abend bringt er seine müden Knochen und, je nach Akkord, am Wochenende einige Mark und Pfennige nach Haus.

Eben hat er sich aus dem summenden Arbeiterschwarm gelöst, ist auf die Bahn gesprungen und hat einen Sitzplatz ergattert. Seine Augen, mit der Trauer einer verratenen Kindheit, geben noch einmal müde um. Dann fallen die Lider schwer darüber. Schlaflaff hängt der Kopf zwischen den schmalen Schultern, und die Glieder hängen schlaflässig.

Auf der nächsten Station steigt der Sekretär Wilhelm Lehmann in die Bahn. Er ist sehr adrett gekleidet. Auch sieht er sehr gut ernährt aus. Da er keinen

Platz findet, dreht er verlegen und ein wenig nervös an seinem Kaiser Wilhelm-Bart. Seine ganze Person ist die Selbstgefälligkeit eines Mannes, der meint, etwas zu bedeuten.

Wilhelm Lehmann hat keinen Sitzplatz. Er kann also erst zu Hause sein Abendblatt lesen. Da dies ganz gegen seine Gewohnheit ist, steigert sich seine Nervosität zur Unruhe. Er zwirbelt seinen Bart und blickt giftig um sich.

Auf einmal sieht er den kleinen, schlafenden Fritz Müller. Erst räuspert er sich, der Herr Sekretär, doch Fritz Müller schläft. Der Sekretär guckt ihn scharf an! Fritz Müller schläft. Sekretär Lehmann fängt an zu sprechen. Fritz Müller schläft weiter. Sekretär Lehmann fängt an, sich über die Jugend von heute zu äussern. Zuchtloses Pack, keine Manieren und so... Fritz Müller schläft noch immer. Sekretär Lehmann erregt sich. Es sollte nicht sein Junge sein (nebenbei gesagt, hat er selber keine Kinder)!

Fritz Müller schläft immer noch. Sekretär Lehmann brüllt und stampft vor Zorn. Der Bengel sollte in meinem Regiment gewesen sein! Hätte ihm schon Bildung beigebracht.

Fritz Müller schlägt die Augen auf. Er guckt zufällig und ganz verschlafen den tobenden Sekretär an.

"Ja, Dich meine ich! Du ungehobelter Flegel!" brüllt ihn der Sekretär Lehmann an. Da fallen die Augenlider wieder über die müden Augen. Fritz Müller schläft weiter.

Auf der nächsten Station steigt Herr Sekretär Wilhelm Lehmann aus. "So eine Jugend!" sprudelt er heraus, und dann denkt er: dieses Vorkommnis muss er doch heute Abend am Stammtisch dem Herrn Lehrer Bakelschwinger erzählen wegen der Erziehung uns so!.....

Alfred Thieme.

SPD. Ein Wort sagt alles.^X Der grosse Humorist Saphir hatte eine Wohnung vermietet. Der Mieter wollte jedoch schon vor dem vertraglich festgesetzten Termin ausziehen. Kam zu Saphir und bat ihn, ein Auge zuzudrücken und ihn ausziehen zu lassen. Saphir erwiderte: "Gut, ich bin einverstanden! Aber unter einer Bedingung! Sie müssen mir Ihre Absicht brieflich mitteilen, und dieser Brief darf nur ein Wort enthalten! Können Sie das nicht, so bestehe ich auf meinem Vertrag!"

Der Mieter versprach, sich die Sache durch den Kopf gehen zu lassen. Schon am nächsten Tage hatte Saphir einen Brief von ihm. Einen Brief, der vollkommen den gestellten Bedingungen entsprach. Denn er lautete: "Judicium" (Jud', i zieh' um!)

Saphir aber setzte auf diese Pointe noch eine zweite Pointe und antwortete: "Officium". (O, Vieh, zieh' um!)

SPD. Ein Schlaumeier:^X "Also, was soll ich Ihnen sagen! Ich fahre vorhin mit meinem Auto nach Werder, und wen treffe ich da auf der Landstrasse? Den Beethoven!"

"Was für einen Beethoven?"

"Na, der die schönen Sachen komponiert hat!"

"Ausgeschlossen!"

"Wieso ausgeschlossen?"

"Weil die Strasse nach Werder augenblicklich gesperrt ist!"

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 36

Berlin, den 15. Mai 1930.

Glückliche Kinder!^x

SPD. "Der Mutter, die als erste ein glückliches Kind erzieht", ist des Amerikaners Watson aufsehenerregendes Buch "Psychische Erziehung im frühesten Kindesalter" gewidmet, das vor kurzem im Verlag Felix Meiner, Leipzig, in deutscher Übersetzung erschienen ist, und das eine Anleitung sein soll zur richtigen psychischen Erziehung des Kleinkindes, die bisher viel mehr als die körperliche Pflege vernachlässigt worden ist. Die Anregungen und Anleitungen, die uns hier gegeben werden, sind nicht willkürlich erdacht, sondern das Resultat experimenteller, auf vielfältiger Beobachtung beruhender Erfahrungen. Diese Erfahrungen wurden dadurch gewonnen, dass einem Entbindungsheim ein psychologisches Laboratorium angegliedert wurde, in dem mehrere hundert Säuglinge von ihrer Geburt an täglich und stündlich beobachtet und alle ihre Regungen und Reaktionsweisen aufgezeichnet wurden, um endlich eine Basis zu gewinnen, von der man ausgehen kann, junge Menschen zu formen; wird doch "ein Kind mit seinen Anlagen nicht geboren, sondern geformt". Daher liegt die Schuld bei den Müttern, wenn sie kein glückliches Kind zu erziehen vermögen. "Denn das Elternsein, weit davon entfernt, eine angeborene Kunst zu sein, ist vielmehr eine Wissenschaft, die gelernt sein will".

Angst, Zorn und übertriebenes Zärtlichkeitsbedürfnis sind die Grundübel, an denen der moderne Grosstadtmensch heute vielfach krankt, und die ihm nach Ansicht des Verfassers erst künstlich im Kindesalter anezogen werden. Wie der Metallarbeiter die glühende Masse seines Materials auf dem Amboss ausbreitet und einmal mit gewaltiger Wucht auf die nachgiebige Masse schlägt, sie dann wieder ganz leicht berührt, so beginnen wir unvermeidlich gleich bei der Geburt das Gefühlsleben unsrer Kinder nach eigenem Ermessen zu formen. Watson zeigt uns, wie die Schmiedehämmer aussehen, mit denen wir z.B. die Angstwelt in der Seele unsres Kindes gestalten. So ergab die Laboratoriumsarbeit des amerikanischen Forschers, dass das Kind von Geburt an nur zwei Dinge fürchtet: ein lautes Geräusch und den Verlust des Gleichgewichts, etwa, wenn rasch und heftig an seiner Unterlage gezogen wird.

Woher kommen denn die vielerlei Ängste, unter denen schon der Gesunde leidet, und die noch viel schwereren Angstzustände, die dem krankhaft veranlagten nervösen Menschen das Leben oft fast zur Hölle machen? Was haben wir angestellt um die Wurzel des Übels in die biegsame Kinderseele zu pflanzen? Setzt man z.B. ein gesundes, normales Kind von 9 Monaten auf eine Matratze und bringt ein Kaninchen in seine Nähe - ein Tier, das das Baby noch nie gesehen hat - so greift das Kind erst mit der einen, dann mit der andern Hand nach dem Tierchen und hält es fest. Von Angst keine Spur! Ein Hund, ein Kätzchen tritt an die Stelle des Kaninchens. Das Kind hat keine Furcht vor haarigen Gegenständen, selbst nicht vor schleimigen; ein zappelnder Goldfisch, ein grüner Frosch, werden voller Freude berührt; die Riesenschlange, - völlig harmlos, solange sie jung ist - wird als lieber Spielgefährte begrüßt: das kleine Kind fürchtet weder Feuer noch Blitz noch auch die völlige Finsternis eines lichtlosen Raumes. Mit welchen verkehrten Methoden haben wir das Kind dann dazu gebracht, das es schon nach kurzer Zeit dahin kommt, vor Angst geschüttelt zu werden, wenn es ein schleimiges Tier anfassen soll, oder stundenlang vor sinnloser Angst schreit, wenn man es zwingt, im dunklen Raume zu schlafen?

Wir selbst, so sagt der Amerikaner, haben die Angst in die Kinderseele gelegt. Wir haben z.B. den Fehler begangen, unser Kind durch Lärm zu erschrecken. Das Kind stäubt sich gegen das Zubettgehen; es stört damit unsere eigenen Interessen; voller Wut werfen wir die Tür hinter uns zu: das Kind erschrickt. Wir wollen es gern im gutgelüfteten Raume wissen; an einem stürmischen Abend sperren wir die Fenster auf, die mit grossem Krachen zufallen, und das Kind ängstigt sich. Wenn wir unsere Kleinen vor unnötigem Lärm bewahren, so ist schon ein bedeutsamer Faktor ausgemerzt, der im späteren Leben Angstzustände begünstigt. Auch mit dem Ohrfeigenausteilen sollten Eltern recht sparsam umgehen und ebenso mit dem für die Erziehung so unentbehrlich erscheinenden und doch so verhängnisvollen Wörtchen "Nicht", das der Ohrfeige gleichkommt und Hemmungen schafft, die das ganze Leben hindurch fortwirken können.

Aber wenn schon einmal Fehler geschehen sind und das Kind aus dem paradiesischen Zustande gerissen ist, in dem es die Angst nicht kannte, so lassen die Fehler sich doch bis zu einem gewissen Grade wieder gut machen, - wenn es auch keine leichte Aufgabe ist, bestehende Ängste wieder zu beseitigen. Viel Geduld der Mütter ist hierfür nötig, und dabei wird es noch allerlei Fehlschlüsse geben: Spott - etwa, das Kind "Angsthase" zu nennen - wird nichts nützen, ebenso wenig das einfache Fernhalten des angsterregenden Gegenstandes. Auch dem Kinde Geschichten von Tieren oder sonst etwas über ihre Lebensweise zu erzählen, wird meist nicht zum Erfolge führen. Man wird sich schon dazu entschliessen müssen, mit dem Kind ein etwas mühsames Experiment anzustellen. Man zeigt dem Kind etwa das furchterregende Tierchen nur einmal am Tage, nämlich mittags, wenn das Kind hungrig ist, und zwar in grosser Entfernung. Ist das Tierchen genügend weit entfernt, und das Kind genügend hungrig, so wird der Versuch glücken: das Kind wird seine Angst überwinden und essen. Dann zeigt man dem kleinen Angsthase das Tierchen jeden Tag in näherer Entfernung. Schliesslich wird es das Tier auf dem Tische, ja, auf seinem Schosse dulden. Diese Methode des Zurückgewöhrens ist mühsam, aber erfolgreich. Ebenso allmählich abgewöhnen kann man dem Kinde die Angst vor der Dunkelheit: anstatt zu schelten, lässt man lieber etwas Licht im Korridor brennen und öffnet die Schlafzimmertür. Dann macht man die Tür jeden Abend etwas weiter zu, dämpft das Licht ab; endlich schliesst man die Tür ganz; im allgemeinen genügen schon drei bis vier Nächte zum Erfolge.

Über Pflanzen und Tiere wissen wir seit Jahrhunderten gut Bescheid, - das Seelenleben unsres Kindes aber war uns bis vor kurzem noch ein Geheimnis. Grosse Dank schulden wir der amerikanischen Psychologie, die viel dazu beigetragen hat, das Geheimnis zu lüften, und die brauchbare Anweisungen ausgearbeitet hat zur Erziehung glücklicher, von Angst, Wut, Nörgelsucht und Verwöhnung weniger belasteter Kinder.

Dr. Lily Herzberg.

Ein "Damenklub". x

SPD. "Frauenvereine" gab es ja schon immer, die sich zu mehr oder weniger nützlichen Zwecken zusammenschlossen: in der Millionenstadt so gut wie in Schneidemühl oder Markneukirchen. Aber diese "Frauenvereine" rochen immer irgendwie nach Kleinbürgertum: nach Hausfrauensorgen, nach Strickstrümpfen für unbekleidete Heidenkinder, nach hilfebedürftigen Schosshündchen oder gefallenen Mädchen, die aus den Klauen der Mädchenhändler befreit werden mussten. Ein bisschen säuerlich riechen diese Vereine - nach Alltag und Beruf und ähnlichen plebejischen Angelegenheiten. Das ist nichts für eine "Dame".

Wie soll man den Unterschied, den Riesenunterschied, zwischen einer "Frau"

und einer "Dame" klarmachen? Die Engländer, beneidetes und nie erreichbares Vorbild für alles, was "smart" und "fashionable" ist, und die uns mit ihrer vornehmen Sprache aushelfen müssen, weil unsre eigene gar so banal klingt, und das nicht auszudrücken vermag, was sich in den höheren Sphären der "Gesellschaft" abspielt - die Engländer definieren einen "gentleman" als einen Herrn, der "on independent means" lebt, d.h., der nicht zu arbeiten braucht, um zu leben, und zwar sehr gut zu leben. Und die Dame - die Lady - ist die weibliche Ausgabe des "gentleman". Der "gentleman" befriedigt seine geselligen Bedürfnisse nicht, wie der Heringsbändiger oder der Steuerassistent, im Verein - o nein: er trifft sich mit seinesgleichen im "Klub". Also warum sollen nicht auch die Gattinnen und Töchter der Herrschaften, die von der Arbeit anderer leben, einen "Klub" haben?

Diese ungemein wichtige Frage legten sich die Damen vor, die in diesen Tagen bei einer ganz besonders reichen Berliner, bei Frau Katzenellenbogen, zu einem "Frühstück" zusammenkamen. Harmlose Gemüter denken dabei an Kaffee und Butterstulle, wenn nicht gar an Margarine. Ach nein: ein "Frühstück" ist wiederum ganz und gar nicht im notleidenden deutschen Sinne zu verstehen, sondern etwa im übrigen französischen. Dort besteht es aus kalten Vorspeisen, an denen sich allein schon ein Kleinbürger- oder Proletariermagen für einen ganzen Tag satt essen könnte, ferner aus Braten, Gemüse, oder Geflügel, Salat, Nachschüsseln, Käse, Mokka. Feine Leute lieben bescheidene Bezeichnungen. Sie nennen ein solches französisches "Frühstück" wohl auch einen "Imbiss" oder ein "Butterbrot". Bei diesem "Frühstück" also kamen etliche Damen der Hochfinanz und des Adels überein, dass ein "Damenklub", in dem man ganz unter sich sein könne, doch eigentlich einem unabweisbaren Bedürfnis entspreche. Ein Berliner Mittagsblatt, das dieses umstürzende Ereignis in grosser Aufmachung und mit vier Photos geschmückt wiedergibt, drückt das so aus: "Wie manchmal der glückliche Zufall einen Gedanken zur Wirklichkeit zu gestalten vermag, so wurde auch dieser Gedanke im "Kaiserhof" verwirklicht: der "Damenklub 1930" ist gegründet."

"Wir können uns in allen gesellschaftlichen Dingen auf dieses Blatt, das neulich in gleicher Aufmachung über den Besuch der Frau Hermine Hohenzollern in der deutschen Adelsgenossenschaft alleruntertänigst berichtet und festgestellt hat, das sei "die Vergangenheit in freundlicher Vergoldung" gewesen, in vollstem Umfange verlassen. Dieses "demokratische" Blatt also, das ganz genau weiss was es dem "christlichen Adel deutscher Nation" schuldig ist, schreibt: "Die Versammlung bot ein Gesellschaftsbild erlesener Eleganz. Etwa 150 Damen der Berliner Gesellschaft und Prominenz besprachen, an zahlreichen kleinen Tischen verteilt, die Einzelheiten. Das Präsidium des Klubs besteht aus - und dann kommen in traurem Verein jüdische und aristokratische und - Kreuzungen beider - jüdisch-adlige Namen. "125 Damen haben sich sofort in das "goldene Buch" eingetragen. Sie werden die "Avant-Garde" der von Frau von Kardorff gegründeten Frauenarbeitsgemeinschaft bilden. Die Tochter der Präsidentin, die Baronin v.d.H., wird durch ihre Beziehungen zu dem Polo-Klub einen engen Kontakt der sporttreibenden Gesellschaftskreise mit der im Berufsleben stehenden intellektuellen Frau zu schaffen suchen. Die schicke, weltgewandte und selbständige Berlino = Europäerin soll entstehen, die den Geist der Einigkeit stärkt!"

Ist das nicht eine grossartige Idee? Man will die Frauen, die ihre Intelligenz anspannen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, mit denen zusammenbringen, die sich den teuersten Sport leisten können, das zu Pferde betriebene Polo-Spiel. O, man hat noch weit mehr im Sinn: "gesellige Gemeinschaft der "upper ten" (englisch; klingt weit nobler als "obere Zehntausend"!) der Berliner Frauenwelt, ... Verwirklichung nützlicher Bestrebungen, Unterhaltung ohne den Zwang, "von Salon zu Salon" zu wandern. Es soll eine Stätte geschaffen werden, wo gesellschaftlichen Verpflichtungen ohne die umständliche Belastung mit ängstlicher Repräsentation Genüge getan werden kann..."

Es musste endlich einmal etwas geschehen. Das war ja ein unhaltbarer Zu-

stand, dass die bedauernswerten "Upper ten" "von Salon zu Salon wandern" und sich "mit häuslicher Repräsentation belasten" mussten, wenn sie "ihre nützlichen Bestrebungen verwirklichen" und "den Geist der Einigkeit stärken" wollten! Sie brauchen unbedingt ein eigenes Heim, diese "schicken, weltgewandten und selbständigen Berlino-Europäerinnen"! Das ist doch sehr viel wichtiger, als dass die Proletarierinnen, die für sie arbeiten, eine Kammer finden, in der sie ihre unterernährten Kinder vor der Schwindsucht bewahren können...

Hermann Hieber.

Die Schulbuben von Oberamergau.^x

SPD. Eins der vielen tausend Photos, die die Zeitungen und Zeitschriften aller Welt, vor allem aber der angelsächsischen Welt, von den Oberamergauer Passionsspielen bringen, zeigt Oberamergauer Knaben auf dem Wege zur Schule. Die Knaben tragen lange Haare und lange Hosen, und jeder von ihnen sieht wie ein kleiner Jesus Christus, beziehungsweise ein kleiner Alois Lang aus, zwei Dinge, die in Oberamergau wahrscheinlich nicht immer exakt auseinandergehalten werden.

Wie mag die Gefühlswelt dieser Kinder sein? Drehen sie dem Lehrer in der Schule hinter seinem Rücken manchmal eine Nase, sagen sie "damischer Bazi" zueinander, ziehen sie die Schulmädchen am "in Oberamergau bestimmt noch existierenden) Zopf? Kinder sind Kinder, und auch die des Passionsdorfes werden in den elementaren kindlichen Lebensäusserungen nicht anders sein als anderswo. Aber ein klein wenig schwer vorstellbar bleibt es doch, dass die Schulbuben von Oberamergau Bubenstreiche und Schelmenstücke aushecken können. Sicher ist, dass die Welt der Grossen sich einigermaßen eigenartig in ihren Köpfen malen wird. Wie sieht dieses Bild aus? Die Welt besteht aus feinen Damen und Herren, die schöne Kleider besitzen, dicke Koffer ihr eigen nennen und häufig "Well" und "All right" sagen. Jahrüber gehen sie irgend einer merkwürdigen Tätigkeit nach die wohl damit zusammenhängt, dass es ausser den Gotteshäusern auch noch Banken, Hotels, Juweliergeschäfte gibt. Aber im Grunde hat es mit dieser Tätigkeit nicht viel auf sich: sie ist durchaus Nebensache, und die Gedanken dieser zugereisten Fremden kreisen einzig um die biblische Geschichte. Alle zehn Jahre einmal wird die Bibel dann in Oberamergau, dem Mittelpunkte der Welt, verlesen. Das sind Feiertage der Menschheit. Ihre Väter, Mütter, Brüder, Schwestern sind nicht einfache Leute, wie es deren in den umliegenden Dörfern welche gibt, sondern Berühmtheiten, von denen rings auf der Erde geredet wird. Auch sie selbst werden einmal Berühmtheiten werden: das ist das Vorrecht aller Oberamergauer.

Gemeinhin möchten kleine Jungen später ein Schmeling, ein Harry Piel, ein grosser Detektiv werden. Die Sehnsucht der Jungen von Oberamergau wird anders sein: sie wollen es zum Herodes, Petrus, Johannes bringen... aber am liebsten natürlich den Menschensohn selbst kreieren. Manchmal werden sie vor dem Spiegel stehen und sich bemühen, in ihren Gesichtszügen nicht Erwachsenenheit und Energie, die Wunschbilder anderer Jugend, sondern die Leidensfurchen des Herrn zu entdecken, wie sie die Umschlagzeichnung des von Pfarrer Bogenrieder verfassten und für 2,50 Mark (englische Ausgabe Mark 4,20) erhältlichen offiziellen Führers der Gemeinde so mustergültig aufzeigt. Das Leben besteht aus Beten und Herrgottschnitzen. Daneben ist noch ein bisschen Schreiben und Rechnen nötig, aber nur, um den Fremden sagen zu können, wie hoch sich ihre Rechnung stellt und um die Quittung über die empfangenen Gelder ausstellen zu können. Inniger Dank gebührt den Gemeindeältesten der Pestzeiten des 17. Jahrhunderts, diesen Männern von legendärer Grösse, die es vorausahnten, dass ihr Ge-

lütde, alle zehn Jahre ein Passionsspiel zu veranstalten, keine Belastung, sondern durchaus eine Förderung Oberammergaus bedeuten würde, und was die Pest-toten selbst anbetrifft, so starben sie für die gewaltige Sache des Fremden-verkehrsrekords.

Es ist ein selbstbewusstes Lächeln, das die Schulbuben von Oberammergau auf dem Photo an den Tag leben. Sie wissen, dass sie nicht die ersten besten sind, und dass die Mühe des Photographieren nicht dem Kind in ihnen, sondern dem Nachwuchs an Heiligengestalten gilt, für die im Himmel die ewige Seligkeit und auf Erden Brot und Zubrot in ausreichender Menge reserviert ist.

Hans Bauer.

Alte Strassenanpreisungen. x

Immer mehr verschwindet aus den Stadtbildern das Ausschreien der feilgehaltenen Waren, das früher das einzige Reklamemittel war, dessen sich jeder Händler bediente. In allen Ländern hatte es seinen Platz; Deutschland wie Frankreich und England kannten es, und überall wurde es nach Landessitte geübt. Für Frankreich besitzen wir ein eigenes Wörterbuch dieser alten Pariser Strassenschreie. Es stammt aus dem 13. Jahrhundert und gewährt einen trefflichen Einblick in die Strassenanpreisungen, deren sich sowohl die fliegenden wie die sesshaften Händler bedienten, um Käufer anzulocken.

Da sind zuerst die Barbieri oder Bader, die ihre Badestuben und Bäder anpriesen, und die zusammen mit den Chirurgen zur gleichen Zunft gehörten. Sie standen unter dem Schutze des Heiligen Damian und lockten ihre Kunden mit folgenden Rufen an: "Kommt, ihr Herren, kommt zum Bade! Wir lügen wahrhaftig nicht; die Bäder sind warm."

Die Heringshändler schriegen ihre sauren und frischen Heringe aus: Saurer Hering! Frischer Hering! Gesalzener Hering! Kauft Heringe!"

Geflügel- und Fleischhändler standen ihren Kollegen vom Fischhandel nicht nach: "Vögel, Tauben, gesalzenes Fleisch, frisches Fleisch und gut mit Knoblauch gesausstes", klang es da. Diese Knoblauchsauce scheint sich besonderer Vorliebe erfreut zu haben. Man stellte sie aus Knoblauch, Mandeln und kleinen Brotstückchen her, die man mit einer Art Fleischbrühe vermischt. Das Ganze wurde nach Art des heutigen Mostrichs aufbewahrt. Man kann sich denken, dass diese Tunke der heutigen bekannten Worcestersauce nicht unaähnlich geschmeckt haben wird.

Unter den Gemüsesorten erfreuten sich Bohnen und Erbsen besonderer Beliebtheit und unter den ersten Früchten des Sommers die Pfirsiche und Birnen aus Caillaux in der Bourgogne. Von den Apfelsorten wurden besonders der rote und weiße Calville ausgeschrien, die aber später dem Paradiesapfel weichen mussten, ebenso dem kurzstieligen Apfel, mit dem man die Schränke würzte, wie man es später mit Lavendel und Thymian tat.

Selbst die Essighändler fehlten unter den Strassenhändlern und Ausschreibern nicht. Da pries man den Essig als gut und schön an; man schrie Essig aus, der zur Herstellung von Mostrich verwendbar sei, und selbst Wein wurde in diesen Strassenschreien angeboten.

Auch Kuchen aller Art gab es bei diesem Strassenhandel. Warme Kuchen, Kuchen in Oblatenform, Pasteten und Fleischgebackenes...alles, was man heute noch auf den Jahrmärkten angeboten erhält, war bei diesen Strassenhändlern zu haben.

Überblickt man das Ganze, so wird man zu der Überzeugung kommen, dass man vor sieben Jahrhunderten ganz gut zu leben wusste. Vor allem aber fehlte es nicht an Gaumenreizen. Heute ist von diesen damals in Paris üblichen Strassen-

anpreisungen natürlich nichts mehr vorhanden, wenn auch besonders noch in den Vororten die Strassenhändler ihr Wesen oder oft genug ihr Unwesen treiben. Es ist die gleiche Schicht mit fast den gleichen Lebensgewohnheiten, wie wir sie auch bei uns noch beobachten können. Wenn wir heute noch in Seestädten namentlich des Ostens diese Strassenschreie hören: "Strömlinge, frische Strömlinge!", dann erinnert das sehr lebhaft an die alten Rufe, die aus dem 13. Jahrhundert auf französischem Boden überliefert sind.

Auch an der Grobheit fehlte es nicht, dieser Grobheit, die dem Strassenhandel zu allen Zeiten eigen war, und die man heute etwa in Berlin ebenso beobachten kann wie in Frankreich, England und anderswo. Hier ein sprechendes Beispiel dafür aus Paris! In Frankreich sagt man nicht, dass der Storch die kleinen Kinder bringe, sondern man erzählt, sie wüchsen in den Kohlköpfen. Eine junge Frau, der man ansieht, dass sie noch nicht lange verheiratet ist, bemängelt bei einer solchen Strassenhändlerin den zu hohen Preis und die Kleinheit eines Kohlkopfs. Darauf erfolgt die grobe Antwort: "Na, wollen Sie ihn vielleicht mit einem kleinen Kinde drin?" - Es ist dasselbe, wie wenn man auf unseren Fischmärkten in den Seestädten bei der geringsten Bemerkung die allergrößte Antwort bekommt. Es ist merkwürdig, wie das Leben in allen Zonen die gleichen Lebenserscheinungen zeitigt.

Dr. K. Müller.

SPD. Kochbücher vor sechshundert Jahren.^x Die ältesten Kochbücher, von denen wir in Deutschland Kunde haben, stammen aus dem 14. Jahrhundert. Es waren eigentlich Rezeptsammlungen, "büechlin von gouter spise", die meist aus Klöstern kamen. Das erste, von dem wir wissen, findet sich in einer Würzburger Handschrift des 14. Jahrhunderts. Dem 15. Jahrhundert entstammt das Tegernseer Kochbuch. Auch ein alemannisches und ein württembergisches Kochbuch aus jener Zeit sind bekannt. Im Hause versahen die Frauen die Küche, doch an den Höfen der Fürsten und Grossen waren meist Köche mit Küchengehilfen tätig. Köchinnen werden erst viel später erwähnt, doch wurden die Köche wegen ihrer weibischen Beschäftigung in Gedichten und Schauspielen der Zeit verspottet. Man warf ihnen auch Zanksucht und - wie merkwürdig - Unsauberkeit vor.

SPD. Die Stadt der Männer.^x Während in der übrigen Welt im allgemeinen "Not am Mann" ist, kommen in Belgrad auf 130 000 Männer nur 96 000 Frauen. Es dürfte also in dieser gesegneten Stadt den Frauen nicht allzu schwer fallen, einen Lebensgefährten zu finden. Trotzdem zählt man in Belgrad sehr viele Witwen, weil die Frauen dort länger leben als die Männer. Die Sterblichkeitsziffer der Männer über 45 Jahren ist doppelt so gross wie die der Frauen. Von 102^h hundertjährigen Belgradern gehören 68 dem weiblichen Geschlecht an.

SPD. Made in Germany.^x Ein Mexikaner kam zu Müllers auf Besuch. Frau Müller hatte gerade in der Woche vorher beim Antiquitätenhändler eine mexikanische Handweberei gekauft und holte sie nun stolz herbei, um sie dem Besucher zu zeigen. "Wundervoll" sagte der Mexikaner, "so was gibt's bei uns in Mexiko nicht".

Deutscher Reichstag

164. Sitzung vom 15. Mai 1930.

SPD. Der Platz des Abg. Esser (Ztr), der am Donnerstag das 60. Lebensjahr vollendete, ist mit Blumen geschmückt.

Präsident Löbe teilt mit, dass er dem norwegischen Gesandten das Beileid des Reichstags zum Tode Fritjof Nansens ausgesprochen habe.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und einigen Vorschriften über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sowie über die Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen. Die Vorlage will die Wertgrenzen für die Zuständigkeit der Gerichte und für die Berufung erhöhen. Die Armenanwaltsgebühren sollen herabgesetzt werden.

Abg. Marum (Soz):

Bisher decken die Gerichtsgebühren schon fast die Hälfte der Justizausgaben. Die Justiz erfordert überall Staatszuschüsse. Man kann doch nicht verlangen, dass die Einnahmen die Ausgaben der Justiz decken. Ausgabensenkung würde die Justiz verschlechtern. Die Erhöhung der Gebühren ruiniert kleine Leute, die Prozesse führen müssen. Rationalisierung der Rechtspflege ist möglich und notwendig. Wir sind bereit, an einem Ausbau des Einigungsverfahrens mitzuwirken. Die Heraufsetzung der Berufungsgrenze und die Einschränkung des Armenrechts verkürzt den kleinen Leuten das Recht. Die Vorlage ist eine Verschlechterung des Zivilprozesses auch für die Anwälte; sie bringt keine Ersparnis und keine organische Reform. Wir lehnen sie ab.

Abg. Dr. Hanemann (Dntl) erklärt, es handle sich nicht um eine Reform, sondern um eine fiskalische Massnahme, wobei die beabsichtigten Ersparnisse obendrein höchst zweifelhaft seien. Allerdings würden die Landgerichte die Hälfte ihrer Arbeit verlieren und viele würden geradezu überflüssig werden. Das bedeute aber eine schwere Schädigung gerade der kleinen und mittleren Städte. Durch Aufhebung von Landgerichten würden den Rechtssuchenden längere Reisen, also höhere Kosten auferlegt. Die Erhöhung der Berufungsgrenzen erschwere es gerade den kleinen Leuten, ihr Recht zu suchen.

Abg. Dr. Schetter-Köln (Ztr) verweist darauf, dass allgemein eine einheitliche organische Justizreform verlangt werde. Die Vorlage wolle aber nur einen Bruchteil vorwegnehmen, nämlich eine Justiz-Finanzreform. Trotzdem dürfe man die Vorlage nicht von vornherein verwerfen. Man müsse prüfen, ob die finanziellen Erleichterungen wirklich erheblich seien. Wenn das nicht der Fall sei, dann würden allerdings die Bedenken gegen die Novelle überwiegen. Vor allem dürfe man nicht durch die Gebührenherabsetzung die Existenz der Anwälte erschüttern.

Reichsjustizminister Dr. Bredt:

stellt zunächst fest, dass der Entwurf allseitig eine wenig günstige Beurteilung findet (Sehr richtig!). Er meint jedoch, dass es sich bei der Vorlage um einen gerechten Ausgleich zwischen der Pflicht des Reichs, für eine angemessene Rechtspflege zu sorgen, und der Finanznot der Länder handle. Die Herabsetzung der Armenanwaltsgebühren habe allerdings die Reichsregierung nicht gewollt, das sei erst vom Reichsrat eingefügt worden. Dabei müsse man aber berücksichtigen, dass die Ausgaben der Länder für diese Gebühren im letzten Jahr gewaltig gestiegen seien, für Preussen z.B. von 10,6 auf 19,5 Millionen. Offenbar sei nicht nur die Bevölkerung verarmt, sondern das Armenrecht werde auch zu leicht bewilligt. Wenn man die Gemeinden, die ja die Bedürftigkeit zu prüfen hätten, mit haften liesse für die Armengebühren, dann würde vielleicht das Armenrecht nicht so oft bewilligt werden. (Lebh. Zustimmung b.d. Wirtschafts.Pt. und b.d.D.Vp.). Der Minister bittet dringend, die Vorlage nicht zu verwerfen, sondern sie wenigstens dem Ausschuss zu überweisen, damit eine

genaue Beratung möglich werde.

Abg. Dr. Alexander (Kom) lehnt die Vorlage ab. Sie passe in die Finanzreform des Kabinetts Brüning, das alle Lasten den Arbeitern und dem Mittelstand auferlege.

Abg. Dingeldey (DVp) nennt die zur Debatte stehende Justizreform "Stückwerk". Sie sei nur unter fiskalischen Gesichtspunkten aufgestellt. Fiskalische Gesichtspunkte dürften aber keine Rolle spielen, sobald es sich um die Rechtsgüter des Volkes handle. Die Vorlage bringe eine ausgesprochene Verschlechterung der Rechtspflege auf dem Rücken des Mittelstandes. (Sehr richtig! bei der DVp). 37% aller Rechtsfälle seien Armenrechtsfälle. Man dürfe die wirtschaftliche Not des Anwaltsstandes, der schon durch die starke Zunahme der Armenrechtsfälle geschädigt sei, nicht noch mehr verschärfen. Die Regierung solle lieber die grosse organische Justizreform beschleunigt in Angriff nehmen. Der Redner fordert zum Schluss die Verreichlichung der Justiz (Beifall bei der D.Vp)

Abg. v. Lindeiner-Wildau (Christl.Natl) verlangt eine einheitliche Justizreform, lehnt aber eine fiskalische Reform ab, zumal die Entlastung der Länder durch die Vorlage nur 3 Millionen betragen würde, während die Rechtspflege unsozial reformiert werde.

Ein Vertreter der preussischen Regierung bittet, die Vorlage dem Rechtsausschuss zu überweisen, damit ihre Vorschläge genau geprüft werden könnten.

Abg. Ehlermann (Dem) erklärt, die Vorlage widerspreche dem Grundsatz der Rationalisierung der Gesetzgebung. Ausschussberatung könne daran auch nichts ändern. Der Redner lehnt es ab, durch eine solche fiskalische Reform nebenbei den Einzelrichter zur Regel zu machen.

Abg. Drewitz (Wirtsch.Pt.) lehnt gleichfalls den Gesetzentwurf als mittelstandsfeindlich ab. Wenn man die Rechtsanwälte zwingt, Armensachen zu führen, müsse man sie auch angemessen bezahlen.

Abg. Dr. Pfleger (Bayr.Vp): Wir würden das Armenrecht einer Ausschussberatung dieser Vorlage nur dann zubilligen, wenn eine grössere Fraktion dies beantragt.

Ausschussberatung ist nicht beantragt, in der zweiten Lesung wird die Vorlage einstimmig abgelehnt. (Lebh.Heiterkeit)

Es folgt die Beratung des Ermächtigungsgesetzes für die Reichsregierung, die Kapitalsteuern zu ändern.

Abg. Keil (Soz):

Damit soll der verfassungsmässige Weg der Gesetzgebung verlassen und der Verordnungsweg für Steueränderungen zugelassen werden. Die Annahme könnte nur mit verfassungsändernder Mehrheit geschehen. Wenn auf dem Verordnungsweg die Grundlagen der Wertzuwachssteuer geändert würden, so könnten die stärksten Wirkungen für den Haushalt der Länder und Gemeinden eintreten. Ebenso bei der Grunderwerbssteuer, von der jetzt 96 % den Ländern und Gemeinden zufließen. Der Reichstag muss an seinem Steuerrecht festhalten, nur katastrophale Ursachen können die Übertragung an die Regierung rechtfertigen. Sie behauptet, es könnten schnelle Entscheidungen notwendig werden, aber die kann auch der Reichstag fällen. Die Reichstagsmehrheit hat doch erst vor Ostern Steuergesetze beschlossen, die man vorher gar nicht diskutiert hatte. Das entsprach nicht der steuerlichen Gerechtigkeit und war nicht geeignet, den Ruf des Reichstags zu erhöhen. Aber es ist unbestreitbar, dass der Reichstag damals schnell gehandelt hat. (Sehr richtig! links) Nun soll auf dem Verordnungsweg zunächst die Erhebungsform der Kapitalsteuern geändert werden. Sehr erhebliche Steuerausfälle werden die Folge sein. Die Finanzlage des Reiches wird aber in der nächsten Zukunft solche Ausfälle ebenso wenig ertragen, wie Steuersenkungen gestatten könne, zu denen sich die Reichstagsmehrheit vor Ostern für das

nächste Jahr verpflichtet hat. Minister Stegerwald hat erst am Mittwoch im Haushaltsausschuss die Wirtschaftslage in diesem Sinne dargestellt. Wenn aber in nächster Zukunft von dieser Ermächtigung doch nicht Gebrauch gemacht werden kann, warum sollten wir sie dann erteilen? Davon kann keine Rede sein. (Zustimmung der Soz.)

Der Reichskanzler hat in den letzten Wochen mehrfach öffentlich von der Verantwortung der Regierung und des Reichstages gesprochen. Wie stimmt das dazu, dass man dem Reichstag zumutet, auf dem wichtigsten politischen Gebiet sich selbst auszuschalten? Obgleich die Reichsverfassung dem Reichstag ein Vorrecht gegenüber dem Reichsrat gibt, soll dieses Ordnungsrecht unter Mitwirkung des Reichsrates und nur eines Reichstagsausschusses ausgeübt werden. Das wäre eine sehr bedenkliche Verschiebung in der Stellung von Reichsrat und Reichstag zueinander. (Sehr wahr! links)

Aenderungen der Kapitalsteuern auf dem Ordnungsweg würden die Grundsätze des geltenden Finanzausgleichs auf das stärkste berühren. Wenn besitzende Schichten steuerlich entlastet werden, die besitzlosen aber nicht - wie soll das Volksempfinden ein Verständnis dafür haben? Und wie deckt es sich mit der Verantwortung des Reichstages, dass er sich hinter die Regierung verkriecht und sie als allein schuldig gelten lassen soll? Der Reichstag ist und bleibt dem Volk verantwortlich für alles, was in der Gesetzgebung geschieht. Will die Regierung Aenderungen der Steuergesetze, dann soll sie ihre Vorlagen hier einbringen. (Sehr gut! links)

Die Aufhebung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag soll der Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft dienen. Das ist gewiss erstrebenswert, aber ob es mit diesem Mittel erreicht wird, ist eine andere Frage. Und dann noch, mit welchen Opfern es angestrebt wird. Die Kapitalertragsteuer soll in Zukunft nicht mehr abgezogen, sondern mit der Einkommensteuer entrichtet werden. Offenbar ist beabsichtigt, diese Aenderung auf die fast verzinslichen Werte zu beschränken. Und man will damit ausländisches Kapital hereinziehen. Das ist gewiss erstrebenswert, aber steht es im richtigen Verhältnis zu dem so gut wie sicheren Steuerausfall, der von dieser Aenderung zu erwarten ist? Man will auch die kleinen und kleinsten Besitzer von Schuldverschreibungen, die nicht einkommensteuerpflichtig sind, von diesem Abzug befreien, ebenso gewisse Körperschaften, und man hofft, eine stärkere Nachfrage inländischer Geldbesitzer nach Pfandbriefen zu erzeugen, und dadurch wieder den Wohnungsbau zu fördern. Wenn diese Hoffnung aber lediglich darauf gestützt wird, dass die Steuer nicht unmittelbar bei der Einziehung des Kapitalzinses, sondern erst am Jahresschluss gezahlt wird, so wird dieser Vorteil für die Steuerpflichtigen nicht ausreichen, um sie zu erheblich stärkerem Kauf von fest verzinslichen Werten zu veranlassen. Dagegen steht der Steuerausfall ausser Frage. Das wird eine Begünstigung der gewissenlosen Steuerpflichtigen zu Lasten der gewissenhaften sein. Ist es für die Volksmassen erträglich, wenn die einzige Quellensteuer der Besitzenden abgeschafft wird, die Lohnsteuer aber bestehen bleibt? (Sehr gut! links) Ein Steuerausfall der Hälfte des Ertrages würde jährlich 35 Millionen Verlust für die Reichskasse bedeuten. Ganz zu Unrecht beruft sich die Begründung der Vorlage auf das Dezemberprogramm von 1929; in ihm ist von derartigen Massnahmen keine Rede gewesen. Jetzt aber will man sogar die Dividenden-Papiere vom Abzug befreien.

Aehnliche Bedenken haben wir gegen die beabsichtigten Aenderungen der Kapitalverkehrssteuern. Mit einer Senkung der Börsenumsatzsteuer wird man höchstwahrscheinlich weder die Effektenkurse steigern, noch das Börsengeschäft beleben. Die Effekten sind immer mehr in die Hand der Banken gekommen. Es hat ein ungeheurer flottes Börsengeschäft und hohe Effektenkurse unter der Börsenumsatzsteuer gegeben, ganz andere Ursachen, als diese Steuer bestimmen darüber.

Die Nachteile der beabsichtigten Aenderungen sind also viel grösser, als die Vorteile. Wir nehmen dazu noch nicht abschliessend Stellung. Heute steht für uns im Vordergrund, ob wir der Regierung für diese wichtigen Entscheidungen die verlangte Ermächtigung erteilen sollen. Dazu sind wir nicht in der Lage. Die Regierung mag die Aenderungen, die sie wünscht, verfassungsgemäss an den Reichstag bringen, er wird sich dann darüber schlüssig machen. (Beifall der Soz.)

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer:

Wir brauchen die Ermächtigung, weil wir heute noch nicht die Entwicklung der Finanzlage und der Wirtschaftslage übersehen, also noch keine bestimmten Gesetzesvorlagen ausarbeiten können. Der Reichstag soll gar nicht ausgeschaltet werden, sein Steuerausschuss wird ebenso gefragt werden, wie der Reichstag. Der Entwurf war von der vorigen Regierung bereits gebilligt, der doch die Sozialdemokraten angehörten. Gerade der damalige Arbeitsminister Wissell verlangte dieses Ermächtigungsgesetz, um die Bauwirtschaft zu finanzieren. Wir hoffen, noch 1930 von der Ermächtigung Gebrauch machen zu können. Wir wollen die Kapitalbeschaffung der kleinen Leute erleichtern; die hohe Besteuerung hat die Bildung der Investment-Trusts verhindert, die diesem Zweck dienen. Das Ermächtigungsgesetz ist geeignet, der Not unserer Wirtschaft zu steuern. (Beifall der Mehrheit).

Abg. Dr. Neubauer (Komm): Diese klatschenden Ohrfeigen des Ministers haben sich die Sozialdemokraten ehrlich verdient. (Zustimmung der Mehrheit). Schon längst hat sich die Front der Steuermogelanten zusammengefunden, von Keil bis Hugenberg. (Ordnungsruf!) Auch das Zentrum vertritt nur die Interessen der Kapitalisten. (Abg. Dr. Tremmel (Z): Bewusste Unwahrheit! - Ordnungsruf)

Abg. Keil (Soz.): Selbst wenn die vorige Regierung diesen Entwurf gebilligt hätte, was nicht im vollen Umfang richtig ist, wären die einzelnen Parteien der damaligen Koalition dadurch nicht gebunden.

Die Vorlage wird dem Steuerausschuss überwiesen. - Freitag 15 Uhr: Beginn der zweiten Beratung des Reichshaushalts. - Schluss 18 Uhr.
